

Zur Theorie der Beschäftigung (II)

Von

Albrecht Forstmann, Berlin

C. Die Arten der Beschäftigung

Die voraufgegangenen Feststellungen über die wesentlichsten Zusammenhänge des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens und der dieses Geschehen bestimmenden Faktoren haben gezeigt, daß ein Teil der laufenden Einkommen dem Verbrauch dient und daß diese Verbrauchsquote des laufenden Einkommens entsprechend dem Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs mit zunehmendem Einkommen relativ abnimmt. Da nun der dem Verbrauch dienende Teil des laufenden Einkommens der Anschaffung von Verbrauchsgütern dient, so bedeutet das, daß ein dem Umfange der Nachfrage nach Verbrauchsgütern entsprechender Teil der Bevölkerung in der Verbrauchsgüterindustrie als deren Produktionsfaktoren beschäftigt ist.

Bei der Beurteilung der Wirkungen der Ersparnisse war zunächst eine Unterscheidung hinsichtlich ihrer Verwendungsmöglichkeiten erforderlich. Es wurde festgestellt, daß die Ersparnisse grundsätzlich entweder gehortet oder aber investiert werden können. Der gehortete Teil der Ersparnisse scheidet aus der Dynamik des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens aus und ist daher ohne aktiven Einfluß auf den Umfang der Beschäftigung insofern, als durch ihn keine Steigerung im Umfange der Beschäftigung erreicht werden kann. Der investierte Teil der laufenden Ersparnis hingegen dient der Erstellung von Realinvestitionen, zu deren Erstellung ein anderer Teil der Bevölkerung als deren Produktionsfaktoren Beschäftigung findet.

Es lassen sich also zwei grundsätzliche Arten der Beschäftigung unterscheiden, die den Arten der aktiven Verwendung des laufenden Einkommens sinngemäß entsprechen, und zwar einmal die Beschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung und zum anderen die Beschäftigung in der Realinvestierung. Zwischen beiden Arten der Beschäftigung bestehen bestimmte Zusammenhänge und Abhängigkeiten, die bereits in den voraufgegangenen Betrachtungen angedeutet wurden und die

in den folgenden Untersuchungen noch etwas eingehender analysiert werden müssen.

Wie bereits festgestellt wurde, haben die monetären Tatbestände und Vorgänge bestimmte güterwirtschaftliche Entsprechungen, die in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander stehen müssen, wenn Störungen im wirtschaftlichen Ablauf vermieden werden sollen. Für sie gelten auch ganz bestimmte Voraussetzungen, wenn eine bestehende „Problematik“ der Beschäftigung überwunden werden soll. Diese Zusammenhänge sind daher zunächst kurz zu betrachten.

Die Tatsache, daß Ersparnisse gemacht werden, bedeutet güterwirtschaftlich gesehen, daß die Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung einen Teil der von ihnen erzeugten Güter nicht verbrauchen, sondern darauf verzichten, um dafür einen Anspruch zu erwerben, den sie in anderer Weise verwenden wollen. Dieser „ersparte“ Teil des laufenden Einkommens wird – *ceteris paribus* – um so größer sein, je besser die technische Produktivität ist.

Die Güter, auf deren Erwerb die Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung dadurch verzichten, daß sie Ersparnisse machen, müssen nun aber – wenn es sich bei ihnen nicht um eine Fehlproduktion handeln soll – anderweitig Verwendung finden. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß sie von anderen Personen gekauft werden, die Bedarf nach ihnen haben und die zwar auch über Kaufmittel verfügen, mit deren Hilfe sie diese Güter kaufen können, die diese Kaufmittel aber nicht als Produktionsfaktoren in der Verbrauchsgütererzeugung erworben haben, die also ihrerseits nicht die am Markt befindliche Menge liquider Verbrauchsgüter vermehrt haben dürfen.

Dieser Forderung kann nur dadurch Genüge getan werden – und das entspricht auch der normalen wirtschaftlichen Entwicklung –, daß die Ersparnisse, die die Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung gemacht haben und die – in Geldform – eine Legitimation zum Empfang beliebig gearteter Güter darstellen, auf Personen übertragen werden, die sie als Entlohnung für ihre Beteiligung als Produktionsfaktoren von Vorhaben erhalten, die den Umfang der laufenden Menge liquider Verbrauchsgüter nicht vermehren, die aber als Nachfragende am Verbrauchsgütermarkt auftreten, und das sind normalerweise die Produktionsfaktoren der Realinvestierungen.

Ein Gleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens setzt dann – unabhängig vom jeweiligen Umfange der Beschäftigung – sinngemäß Kongruenz zwischen geldseitigen und güterwirtschaftlichen Tatbeständen und Vorgängen voraus und ist – wie Keynes zutreffend ausführt – immer dann gegeben, wenn „die Erzeugung, gemessen an den Produktionskosten, zwischen Konsumgütern und Investitions-

gütern in dem gleichen Verhältnis aufgeteilt ist, wie die Ausgaben zwischen dem laufenden Konsum und der Ersparnis⁶⁶. Ein solches Gleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufes, das seinen monetären Ausdruck bekanntlich in der Übereinstimmung von „virtuellem“ Zins und „Marktzins“ hat, ist jedoch keinesfalls auch identisch mit Vollbeschäftigung, sondern es kann vielmehr bei verschiedenen Lagen des Beschäftigungsumfanges vorliegen.

Da die Produktionsfaktoren der Realinvestitionen seitens der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung „alimentiert“ werden müssen, so bedeutet das, daß im Falle des Gleichgewichtes der wirtschaftlichen Kreislaufvorgänge die Kosten der Investitionsgüter dem Werte jener Verbrauchsgütermenge entsprechen müssen, die die Verbrauchsgüterindustrie über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren hinaus erzeugt.

Bei diesem Gleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens ist dann auch „Vollbeschäftigung“ vorhanden, wenn bei Optimalbeschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung, d. h. bei einem Beschäftigungsumfang, bei dem mit Einsatz einer weiteren Beschäftigungseinheit unter abnehmendem Ertragszuwachs produziert werden würde, die Kosten der Realinvestitionen dem Werte des Überschusses der Verbrauchsgütererzeugung über den eigenen Bedarf ihrer Produktionsfaktoren entspricht⁶⁷.

Aus der Tatsache, daß für den Fall des kreislauftheoretischen Gleichgewichtes die laufende Ersparnis mit der laufenden Investition übereinstimmt, folgt, daß ein Ungleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen immer dann gegeben sein muß, wenn laufende Ersparnis und laufende Realinvestition voneinander abweichen, wie dies ja Keynes auch in seinen früheren Untersuchungen „Vom Gelde“ nachgewiesen hat. Ein solches Ungleichgewicht kann auf zweierlei grundsätzliche Arten entstehen, und zwar entweder dadurch, daß die laufende Ersparnis die laufende Investition übersteigt oder aber daß sie hinter dieser zurückbleibt.

Das bedeutet im erstgenannten Falle, daß der Umfang der Beschäftigung in der Realinvestierung nicht ausreicht, den Überschuß der Verbrauchsgütererzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren aufzunehmen, mit dem Erfolg einer Reduktion im Umfange

⁶⁶ J. M. Keynes: Vom Gelde, a. a. O., S. 110.

⁶⁷ Nach Ansicht von Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 24) besteht Vollbeschäftigung dann, wenn „zufällig oder absichtlich die laufende Investition eine Nachfragemenge schafft, die genau gleich ist dem Überschuß des gesamten Angebotspreises der Produktion, die von Vollbeschäftigung herrührt, über die Menge, die die Bevölkerung bereit ist zu verbrauchen, wenn sie vollbeschäftigt ist“.

der Verbrauchsgütererzeugung und demgemäß auch im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren mit entsprechenden Rückwirkungen auf das übrige wirtschaftliche Kreislaufgeschehen, die solange bestehen bleiben, bis sich ein Ausgleich zwischen Ersparnis und Investition auf einem niedrigeren Niveau der Beschäftigung eingestellt hat.

Eine solche Divergenz zwischen Ersparnis und Investition – mit den angegebenen Rückwirkungen auf den Umfang der Beschäftigung – ist der Ausdruck einer deflatorischen Entwicklung, die ihren Ausgang davon nimmt, daß der „virtuelle“ Zins den „Marktzins“ unterschreitet bzw. daß letztere den ersteren überschreitet.

Bleiben die laufenden Ersparnisse hinter der laufenden Realinvestierung zurück, so bedeutet das, daß die laufende Realinvestierung mit Hilfe „zusätzlicher“ Kredite finanziert wird, durch die die zwischen Ersparnis und Investition bestehende Divergenz ausgeglichen wird, und zwar – wie bereits früher erwähnt wurde – einmal auf dem Wege der „Zwang ersparnis“ und zum anderen dadurch, daß die Steigerung im Umfange der Beschäftigung – unmittelbar und mittelbar – zu einer Steigerung im Umfange der laufenden Einkommen und damit auch der laufenden Ersparnis führt.

Das in dieser Art der wirtschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck kommende Ungleichgewicht ist ein solches inflatorischer Art und hat seinen Ausgangspunkt darin, daß der „virtuelle“ Zins den „Marktzins“ überschreitet bzw. daß der letztere den ersteren unterschreitet.

Die für die praktische Lösung des Beschäftigungsproblems grundsätzlich wichtigen Gesichtspunkte ergeben sich unter Berücksichtigung der oben festgestellten Tatsachen und Zusammenhänge aus den folgenden Überlegungen:

Die Tatsache, daß – entsprechend dem Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs – das laufende Einkommen nicht völlig verausgabt, sondern ein Teil von ihm gespart wird, bedeutet güterwirtschaftlich gesehen das Bestehen einer Überproduktion in der Verbrauchsgütererzeugung, bezogen auf den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren, die – ceteris paribus – um so größer sein wird, je größer die technische Produktivität in der Verbrauchsgütererzeugung ist. Der Absatz dieses Mehrerzeugnisses – und damit die Verhinderung einer tatsächlichen Überproduktion – ist nur dadurch und nur dann möglich, daß es von anderen, nicht an der Erzeugung von Verbrauchsgütern beteiligten Personen erworben wird. Solche Personen sind normalerweise die

Produktionsfaktoren der Realinvestierungen⁶⁸; es können aber auch andere alimentierungsbedürftige Vorhaben bzw. Personen sein, wie beispielsweise Rentner usw.

Ein solcher Alimentierungsvorgang, durch den – bzw. durch dessen Rückwirkungen – nicht nur die Aufnahme der den eigenen Bedarf der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung überschreitenden Verbrauchsgütermenge gesichert ist, sondern durch den auch eine entsprechende Steigerung im Umfange der Beschäftigung erreicht werden kann, liegt bei allen solchen intervalutarischen Leistungen vor, die als „einseitige Wertübertragungen“ zu bezeichnen sind. Die „multiplikativen Konsektivwirkungen“ solcher „einseitigen Wertübertragungen“ auf den Beschäftigungsumfang bzw. auf die Einkommenshöhe sind daher auch in jüngerer Zeit eingehender untersucht worden⁶⁹.

Das Bestehen eines Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen setzt also, wie gezeigt wurde, einmal Gleichgewicht zwischen Ersparnis und Investition voraus, und es setzt weiter ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und dem der Realinvestierung voraus, das im besonderen abhängig ist von der Höhe des laufenden Einkommens, das seinerseits ja für die Höhe der Verbrauchsgüterquote und damit auch für die Höhe der laufenden Ersparnis bestimmend ist.

Der Umfang der laufenden Realinvestierung ist abhängig einmal von der Höhe der Reinvestierung und zum anderen von der der Neinvestierungen. Die Höhe der Reinvestierungen – deren Finan-

⁶⁸ Diesen Tatbestand formuliert W. L a u t e n b a c h (Über Kredit und Produktion, a. a. O., S. 64) folgendermaßen: „Da immer nur ein Teil des Einkommens von den Einkommensbeziehern verbraucht wird, können niemals die Verbrauchsgüter zu ihren Produktionskosten abgesetzt werden, wenn nicht außer dem Verbrauchseinkommen, das durch die Produktion der Verbrauchsgüter selbst geschaffen wird, noch Verbrauchseinkommen aus anderer Quelle fließt. Diese andere Quelle ist normalerweise die Produktion zum Zwecke der Investition.“

⁶⁹ Vgl. hierzu insbesondere die folgenden Untersuchungen:

J. M. K e y n e s : The Means of Prosperity, London 1933, pg. 36; R. F. H a r r o d : The Trade Cycle, Oxford 1936, pg. 153 ff.; C. C l a r k : The National Income of Australia, London 1933, pg. 102; derselbe: Determination of the Multiplier from National Income Statistics, E.J., vol. 48, 1938, pg. 102; D. H. R o b e r t s o n : Mr. Clark and the Foreign Trade Multiplier, E.J., vol. 49, 1939, pg. 354, vgl. hierzu auch C. C l a r k : Comment, ebenda, pg. 356; G. H a b e r l e r : Prosperity and Depression, 3rd ed., Geneva 1941, pg. 461 ff.; F. M a c h l u p : International Trade and the Income Multiplier, Philadelphia 1943; H. N e i s s e r : The Significance of Foreign Trade für Domestic Employment, Soc. Res., vol. 13, 1946; G. S t o l p e r : The Volume of Foreign Trade and the Level of Income, Q.J., vol. 61, 1947; J. J. P o l a k : The Foreign Trade Multiplier, AER, 1947; siehe hierzu auch G. H a b e r l e r : Comment, ebenda, pg. 898 ff., sowie J. J. P o l a k and G. H a b e r l e r : A Restatement, ebenda, pg. 906 f.

zierung ja nicht aus Ersparnissen, sondern unmittelbar aus den Kosten der Erzeugung erfolgt und daher auch in deren Preis mit enthalten ist – ist im allgemeinen, abgesehen vielleicht von besonders armen Volkswirtschaften – nicht ausreichend, um das Gleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens zu ermöglichen, sondern hierzu sind vielmehr ausreichende Neuinvestierungen oder andere alimentierungsbedürftige Vorhaben erforderlich, deren Umfang im Gleichgewicht ja dem Betrage der laufenden Ersparnis entsprechen muß.

Wenn also eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung – als Ausdruck einer Lösung des Beschäftigungsproblems – erreicht werden soll, so kann diese nicht von einer Mehrbeschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung ausgehen, da diese ja angesichts der Tatsache, daß die pro Arbeitseinheit erzeugte Verbrauchsgütermenge größer ist als die von ihr nachgefragte, stets eine relative Überproduktion bedingen würde. Die Steigerung im Umfange der Beschäftigung muß daher stets von einer alimentierungsbedürftigen Beschäftigungsart ausgehen, gleichviel ob es sich innerwirtschaftlich um Realinvestierungen oder außenwirtschaftlich um die Erzeugung des güterwirtschaftlichen Äquivalents „einseitiger Wertübertragungen“ handelt.

Eine Steigerung im Umfange der alimentierungsbedürftigen Beschäftigung führt dann – unmittelbar und mittelbar – zu einer Steigerung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern und indiziert dadurch auch eine Steigerung der Verbrauchsgütererzeugung und dementsprechend auch eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren.

Der Umfang der Realinvestierung ist nun bekanntlich nicht vom Umfange der laufenden Ersparnisse, sondern von den unternehmerischen Antizipationen abhängig, d. h. von den Ansichten, die die Unternehmer hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung hegen und die ihren Ausdruck bekanntlich in der Höhe des „virtuellen“ Zinses finden. Sie werden sich zur Durchführung von Realinvestierungen oder ähnlichen alimentierungsbedürftigen Vorhaben entschließen, wenn das Verhältnis ihres subjektiven „virtuellen“ Zinses zum „Marktzins“ größer ist als die Einheit⁷⁰.

⁷⁰ Die hier relevanten Zusammenhänge faßt Keynes – ohne daß wir ihm hierbei allerdings auch in jeder Hinsicht zuzustimmen vermöchten – in die folgenden Feststellungen („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 23 f.):

„Der Umriß unserer Theorie kann wie folgt ausgedrückt werden: Wenn die Beschäftigung zunimmt, nimmt das gesamte Realeinkommen zu. Die Psychologie der Bevölkerung ist derart, daß bei einer Zunahme des gesamten Realeinkommens auch der gesamte Verbrauch zunimmt, obschon nicht im gleichen Maße wie das

Da die Höhe des „Marktzinsfußes“ im wesentlichen durch den Diskontsatz bestimmt ist und dementsprechend auch von der Kreditpolitik der Banken abhängig ist, so kann in dieser Hinsicht der Umfang der Realinvestierungen und auch anderer alimentierungsbedürftiger Vorhaben in nicht unerheblichem Umfange durch die Kreditpolitik der Banken bestimmt bzw. beeinflußt werden.

Eine solche Beeinflussungsmöglichkeit besteht allerdings nur solange, als der „virtuelle“ Zins den Nullwert nicht unterschreitet – was im allgemeinen nur im Falle einer strukturellen Arbeitslosigkeit exogener Bedingtheit und größeren Umfanges der Fall ist –, da in diesem Falle die Banken einen negativen Wert für den Marktzinsfuß in Anwendung bringen müßten, um dem wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen einen expansiven Auftrieb geben zu können.

Ein solcher Fall des „virtuellen“ Zinses unter den Nullwert ist grundsätzlich der Ausdruck dafür, daß eine deflatorische Entwicklung in eine Deflation übergegangen ist, und das ist, wie schon gesagt, stets der Ausdruck des Wirksamwerdens exogen bedingter Kräfte und damit einer Unterbeschäftigung strukturellen Charakters.

In dieser Tatsache lag auch die Unmöglichkeit begründet, der wirtschaftlichen Entwicklung zur Zeit der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“ auf dem Wege einer Politik des „billigen Geldes“ einen Auftrieb zu geben, da hierzu die Anwendung einer negativen Bankrate erforderlich gewesen wäre.

Einkommen. Die Unternehmer würden daher einen Verlust erleiden, wenn die gesamte Zunahme der Beschäftigung der Befriedigung der vermehrten Nachfrage für den sofortigen Verbrauch gewidmet würde. Um eine gegebene Beschäftigungsmenge zu rechtfertigen, ist somit ein Betrag laufender Investition erforderlich, der groß genug ist, um den Überschuß der gesamten Produktion über die Menge zu absorbieren, die die Bevölkerung gerade verbraucht, wenn die Beschäftigung auf der gegebenen Höhe ist. Denn wenn dieser Betrag der Investition nicht vorhanden ist, werden die Einkünfte der Unternehmer kleiner sein, als notwendig ist, um sie zu veranlassen, die gegebene Menge der Beschäftigung anzubieten. Daraus folgt, daß, wenn das, was wir den Hang zum Verbrauch der Bevölkerung nennen [d. h. die Verbrauchsquote des laufenden Einkommens], gegeben ist, das Gleichgewichtsniveau der Beschäftigung, das heißt das Niveau, auf dem die Unternehmer in ihrer Gesamtheit keine Veranlassung haben, die Beschäftigung zu steigern oder zu verringern [d. h. wenn der ‚virtuelle‘ Zins dem ‚Marktzinsfuß‘ entspricht], von der Menge der laufenden Investition abhängt. Die Menge der laufenden Investition wird wiederum von dem abhängen, was wir die Veranlassung zur Investition nennen werden, und wir finden, daß die Veranlassung zur Investition vom Verhältnis zwischen dem Schema der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals [d. h. dem ‚virtuellen‘ Zins] und dem Komplex der Zinssätze für Anleihen verschiedener Fälligkeiten und Risiken [d. h. im wesentlichen vom ‚Marktzinsfuß‘] abhängt.“

D. Die Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung

1. Allgemeines

Die Erkenntnis der Wirkungen, die durch Änderungen im Umfange der Beschäftigung hervorgerufen werden, betreffen nicht nur die theoretische Seite des Beschäftigungsproblems – namentlich auch in bezug auf die Dynamik des wirtschaftlichen Ablaufes –, sondern sie sind nicht minder wichtig für das Verständnis der Grundlagen derjenigen Maßnahmen – und damit auch ihrer zielklaren Projektierung –, die anzuwenden sind, um eine bestehende „Problematik“ der Beschäftigung, die ihren Ausdruck in dem Bestehen einer entsprechenden Unterbeschäftigung findet, zu lösen.

Die Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung ergeben sich im allgemeinen aus den vorausgegangenen Betrachtungen über die kreislauftheoretischen Zusammenhänge und insbesondere auch über die die Art der Beschäftigung charakterisierenden Einflüsse, wie sie namentlich auch durch den Zusammenhang zwischen Veränderungen des Verhältnisses zwischen produktiver und investiver Beschäftigung und dem wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen zum Ausdruck kommen. Diese Zusammenhänge sind daher auch besonders für die Erkenntnis des kreislauftheoretischen Gleichgewichts, seiner Bestimmungsgründe und seiner Störungsmöglichkeiten und andererseits auch für die Gesichtspunkte von Wichtigkeit, die zu beachten sind, wenn solche Störungen beseitigt werden sollen. Derartige Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung auf den wirtschaftlichen Ablauf sind solche volkswirtschaftlicher Art.

Andersartige Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung ergeben sich aus der Tatsache der nichtlinearen Abhängigkeit, die zwischen dem Erzeugungsumfange einerseits und den Erzeugungskosten andererseits besteht und die sich vor allem in ihrem Einflusse auf die Gestaltung der spezifischen Erzeugungskosten auswirken.

Diese nichtlineare Abhängigkeit kommt darin zum Ausdruck, daß durch Änderungen im Umfange der Erzeugung und dementsprechend auch der Beschäftigung eine Veränderung der spezifischen Erzeugungskosten, d. h. der Kosten pro Einheit der Erzeugung verursacht wird. Diese Veränderung der spezifischen Erzeugungskosten bringt eine entsprechende Änderung der technischen Produktivität oder, anders ausgedrückt, eine Änderung der Güte der Kombination der Produktionsfaktoren zum Ausdruck. Die Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung, die durch diese Einflüsse bedingt sind, sind solche betriebswirtschaftlicher Art.

Mit Rücksicht auf die grundsätzlichen Unterschiedlichkeiten in den inneren Zusammenhängen, die zwischen den volkswirtschaftlich bedingten Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung einerseits und den betriebswirtschaftlich bedingten Änderungen andererseits bestehen, sollen die beiden genannten Arten von Wirkungen, die durch Änderungen im Umfange der Beschäftigung verursacht werden, gesondert betrachtet werden.

2. Die volkswirtschaftlich bedingten Wirkungen

Der Bedarf der Realinvestierungen erfordert eine entsprechende Beschäftigung der Zubringerindustrien, so daß also Steigerungen im Umfange der Realinvestierungen auch Steigerungen im Umfange der Zubringerindustrien erfordert und dementsprechend auch eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung in diesen Industrien indizieren. Da beide Erzeugungsarten, die Realinvestierungen ebenso wie ihre Zubringerindustrien, alimentierungsbedürftig sind, weil beide keinen Beitrag zur Menge der liquiden Verbrauchsgüter liefern, so muß zur Befriedigung ihrer Verbrauchsgüternachfrage auch der Erzeugungs- und damit ebenfalls auch der Beschäftigungsumfang in der Verbrauchsgütererzeugung erhöht werden, und zwar in einem Umfange, der nicht nur der unmittelbaren, sondern der auch der mittelbaren Steigerung im Umfange der Gesamtbeschäftigung entspricht.

Die Realinvestierungen – wie überhaupt alle alimentierungsbedürftigen Erzeugungsarten – haben also in bezug auf den Umfang der Gesamtbeschäftigung in der Volkswirtschaft multiplikative Konsekwirkungen. Hierauf hat zunächst wohl R. K a h n als erster eingehend hingewiesen⁷¹.

Das Ausmaß solcher multiplikativen Konsekwirkungen alimentierungsbedürftiger Vorhaben auf die volkswirtschaftliche Gesamtbeschäftigung ist nun abhängig vom Grade der Arbeitsintensität in den alimentierungsbedürftigen Erzeugungsarten ebenso wie auch in den – ebenfalls alimentierungsbedürftigen Zubringerindustrien – und dem Grade der technischen Produktivität in der Gesamtindustrie. Im einzelnen ergeben sich hier die folgenden Zusammenhänge:

Bezeichnet man die Zunahme im Umfange der Beschäftigung in den alimentierungsbedürftigen Primärerzeugungsarten mit ΔB_p und den Grad der multiplikativen Konsekwirkungen, die durch eine Steigerung im Umfange dieser Beschäftigungsart verursacht wird, oder

⁷¹ Vgl. R. K a h n : The Relation of Home Investment to Unemployment, a. a. O.

– um mit R. Kahn zu sprechen – den „Beschäftigungsmultiplikator“⁷² mit η , so ist die Zunahme im Umfange der Gesamtbeschäftigung, die durch die Zunahme im Umfange der Beschäftigung in den alimentierungsbedürftigen Primärerzeugungsstätten indiziert wird, gegeben zu

$$\Delta B_s = \eta \cdot \Delta B_p \quad (13)$$

Mit dieser Zunahme im Umfange der Beschäftigung – sowohl unmittelbar wie auch mittelbar – ist naturgemäß eine Steigerung im Umfange der laufenden Einkommen verbunden. Aus dieser Tatsache deduziert Keynes seinen „Investitionsmultiplikator“⁷³, und zwar im wesentlichen auf Grund der folgenden Überlegungen⁷⁴:

Beträgt die Sparquote des laufenden Einkommens σ , so beträgt die Verbrauchsquote $\nu = 1 - \sigma$. Von dem durch die Realinvestierung in-

⁷² R. F. Kahn (Ebenda) definiert seinen „Beschäftigungsmultiplikator“ als das Verhältnis, in dem eine Steigerung im Umfange der investitiven Beschäftigung ΔN_1 zu der durch sie verursachten Steigerung im Umfange der Gesamtbeschäftigung ΔN_2 steht. Sein Beschäftigungsmultiplikator ist also bestimmt zu

$$k' = \Delta N / \Delta N_2$$

⁷³ J. M. Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 98) definiert seinen „Investitionsmultiplikator“ als das Verhältnis, in dem die Zunahme im Gesamteinkommen $\Delta Y_w = \Delta C_w + \Delta I$ zu der sie verursachenden Zunahme im Umfange des bei der Steigerung der Realinvestierung verdienten Einkommens ΔI_w steht; d. h. sein Investitionsmultiplikator ist gegeben zu

$$k = \left(\frac{\Delta C_w + \Delta I_w}{\Delta I_w} \right) = \left(1 - \frac{\Delta C_w}{\Delta Y_n} \right)^{-1}$$

wobei Keynes unter Identifizierung von Differenzenquotient und Differentialquotient den Ausdruck

$$\frac{d C_w}{d Y_n} = \frac{\Delta C_w}{\Delta Y_n}$$

d. h. die Steilheit jener Bildkurve, die die Höhe des Verbrauchs als Funktion des laufenden Einkommens angibt, als den „Grenzhang zum Verbrauch“ bezeichnet.

Zwischen seinem „Investitionsmultiplikator“ und dem „Beschäftigungsmultiplikator von Kahn besteht — nach Keynes — die Beziehung

$$k = k' \cdot e_c / e_e$$

wobei e_c die Elastizität der Beschäftigung in der Industrie als Ganzes gesehen und e_e die Elastizität der Beschäftigung in der Investitionsindustrie bedeutet. (Vgl. hierzu J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 99, Anm. 1).

⁷⁴ Siehe hierzu auch W. Lautenbach: Über Kredit und Produktion, a. a. O., S. 25.

dizierten zusätzlichen Einkommen Δe_p wird in der laufenden Periode der Betrag von $\Delta e_1 (1 - \sigma)$ für Verbrauchsausgaben verwendet und damit wieder zu Einkommen der folgenden Einkommensperiode Δe_2 . Hiervon werden wiederum $\Delta e_2 (1 - \sigma)$ verausgabt usw. Es entsteht also infolge der multiplikativen Konsektivwirkungen der zusätzlichen alimentierungsbedürftigen Beschäftigung aus dem hierbei verdienten Einkommen Δe_1 ein zusätzliches Einkommen e_s als Ergebnis einer im Verlaufe einer Reihe von Einkommensperioden abklingenden geometrischen Reihe. Dieses resultierende – sich über eine Reihe von Einkommensperioden erstreckende und in seiner Höhe langsam abklingende – zusätzliche Gesamteinkommen berechnet sich dann zu

$$\Delta e_s = \Delta e_p \cdot \frac{1}{\sigma} \quad (14)$$

Aus der Tatsache, daß $\sigma \cdot \Delta e_s = \Delta e_p$, d. h. daß die Ersparnis des resultierenden Gesamteinkommens insgesamt betrachtet gleich ist dem Kapitaleinsatz, der zur Durchführung der alimentierungsbedürftigen Vorhaben erforderlich war und sofort ganz eingesetzt wurde, glaubt nun Keynes schließen zu können, daß jede Investition sich die zu ihrer Durchführung erforderlichen Ersparnisse selbst schaffe⁷⁵.

Diese Behauptung ist insofern ein Zirkelschluß, als Keynes ja die Ersparnis als mit der Investition identisch definiert⁷⁶, eine Tatsache, die, wie bereits weiter oben ausgeführt wurde, im wesentlichen darauf beruht, daß er für die Ersparnis keine andersartige Verwendung kennt als die der Investition. Zu berücksichtigen ist hier weiter auch die Tatsache, daß Keynes eine Simultanität der

⁷⁵ Hierzu meint J. M. Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 154), „daß Einkommen von Investition abhängt, in solcher Weise, daß, wenn sich die Investition ändert, sich das Einkommen notwendigerweise genau in jenem Grade ändern muß, der erforderlich ist, um die Änderung in der Ersparnis gleich der Änderung in der Investition zu machen“.

Diese Ansicht Keynes', daß sich jede Investition die zu ihrer „Übernahme“ erforderliche Ersparnis selber schaffe, liegt auf der gleichen Ebene wie das Say'sche Theorem, daß ein jedes Angebot sich selbst die ihm zugehörige Nachfrage schaffe.

Wir haben weiter oben bereits auf die Irrigkeit dieser Ansicht und der damit in Verbindung stehenden Behauptungen hingewiesen (vgl. oben S. 29) und stellen hier noch im besonderen fest, daß die Änderung in der Höhe der Einkommen sich nicht simultan mit der Änderung in der Investition vollzieht, sondern daß sie sukzessiv in einer abklingenden geometrischen Reihe erfolgt, wobei insbesondere auch dann die Annahme *ceteris paribus* zu unterstellen ist.

⁷⁶ Vgl. hierzu auch oben S.

hier relevanten Vorgänge unterstellt, während sich diese vielmehr sukzessiv abspielen⁷⁷.

Die hier tatsächlich relevanten „multiplikativen Konsekwirkungen“ haben nun aber nichts mit jenen mittelbar sukzessiven Wirkungen zu tun, wie sie Keynes mit seinem „Investitionsmultiplikator“ glaubt erfassen zu müssen; sondern es handelt sich hier lediglich um die durch Veränderungen im Umfange der Realinvestitionen oder einer anderen alimentierungsbedürftigen Beschäftigung unmittelbar indizierten Simultanwirkungen und die Beziehung, in der sie zur Sparquote stehen. Es handelt sich hier also darum, daß – um mit E. Schneider zu sprechen⁷⁸ – „in jedem Augenblick der Wert der Nettoinvestition gleich ist dem der Nettoersparnis“, d. h. es darf kein Asynchronismus zwischen Nettoinvestition und Nettoersparnis entstehen, sondern beide Vorgänge müssen sich synchron vollziehen. Hierzu ist im besonderen noch folgendes zu sagen:

Der „multiple Koeffizient“ der Realinvestitionen gibt an, um das Wievielfache der Erzeugungsumfang an Verbrauchsgütern, ausgedrückt durch die Entlohnung ihrer Produktionsfaktoren Δk_v im Verhältnis zum Umfange der Veränderungen der Realinvestitionen oder einer anderen alimentierungsbedürftigen Beschäftigung, ebenfalls ausgedrückt durch die Entlohnung ihrer Produktionsfaktoren Δk_i sich verändert.

⁷⁷ In dieser Hinsicht stellt beispielsweise E. Wagemann (Wirtschaftspolitische Strategie, Hamburg 1937, S. 107 f.) fest, daß es hier vor allem auf das Aufeinanderfolgen der zeitlichen Wirkungen ankommt, die sich immer mehr verflüchtigen; und er meint hierzu im besonderen noch, daß „von dem stolzen Theorem [des Multiplikators] ... nur die bescheidene Feststellung übrig [bleibe], daß die Beträge für die öffentliche Arbeitsbeschaffung über den ersten Einsatz hinaus gewöhnlich noch weiter wirken. Diese Binsenwahrheit wird aber in ihrem Aussagewert noch dadurch herabgedrückt, daß sie von jeder zusätzlichen Kreditgewährung überhaupt gilt.“

Auf die Tatsache der Zeitdimension des Multiplikators“ weist auch R. G. Hawtrey (Capital and Employment, a. a. O., pg. 180) hin.

Siehe hierzu auch G. Haberler: Mr. Keynes Theory of Multiplier, ZfN., Bd. 7, 1936; A. Forstmann: Arbeit oder Beschäftigung? a. a. O. Auf die unzulässige integrative Betrachtungsweise ‚Keynes‘ macht — allerdings in anderem Zusammenhang — auch V. F. Wagner (Geschichte der Kredittheorien, a. a. O., S. 415 f.) aufmerksam. Siehe hierzu auch oben S. 23, Anm. 31.

⁷⁸ E. Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, a. a. O., S. 49. Die hier relevanten Zusammenhänge übersieht auch E. Preiser (Sparen und Investieren, Jb. f. N. St., Bd. 159, 1944, S. 259), wenn er die Ansicht vertritt, daß „eine vollzogene Investition ... notwendig identisch mit gleich großer Ersparnis“ sei.

Ist dieser „multiple Koeffizient“ ausgedrückt zu Φ , so besteht also die Beziehung

$$\Phi = \frac{\Delta k_v}{\Delta k_i}$$

Berücksichtigt man nun die Tatsache, daß die Alimentierung der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen oder anderer alimentierungsbedürftiger Vorhaben aus den Ersparnissen der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung erfolgen muß, wenn keine Störungen im wirtschaftlichen Ablauf eintreten sollen, so müssen also die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung

$$s_v = \sigma \cdot \Delta k_v$$

gleich sein den Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen. Diese sind nun gegeben als die Differenz zwischen ihrer Entlohnung Δk_i und ihrer Ersparnis $\sigma \cdot \Delta k_i$, also zu

$$v_i = \Delta k_i \cdot (1 - \sigma)$$

so daß also hier die Bedingung

$$\sigma \cdot \Delta k_v = \Delta k_i \cdot (1 - \sigma)$$

besteht, aus der sich ergibt

$$\frac{\Delta k_v}{\Delta k_i} = \frac{1}{\sigma} - 1$$

wobei σ die durchschnittliche Sparquote ist.

Sollen Störungen im wirtschaftlichen Ablauf vermieden werden, so muß also

$$\Phi = \frac{1}{\sigma} - 1$$

sein. Ist hingegen

$$\Phi < \frac{1}{\sigma} - 1$$

d. h. sind

$$s_v = \sigma \cdot \Delta k_v < v_i = \Delta k_i (1 - \sigma)$$

die laufenden Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung geringer als die laufenden Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen oder anderer alimentierungsbedürftiger Vorhaben, so wird durch ihre Durchführung insofern eine inflatorische Entwicklung bedingt, als nicht durch die Aus-

dehnung des Erzeugungsumfanges und die hierdurch bedingte Kostendegression eine Veränderung der Ersparnisquote eintritt. In diesem Falle müssen dann also die fehlenden „echten“ Ersparnisse durch „Zwangsparsparnisse“ ersetzt werden.

Die von Keynes und seinen Anhängern unterstellte Annahme, daß eine jede Investition sich die ihr zugehörigen Ersparnisse „*in actu*“ selbst schaffen würde, bedeutet, daß unter Berücksichtigung dieser Annahme in jedem Falle die Bedingung

$$\Phi \equiv \frac{1}{\sigma} - 1$$

erfüllt sein würde, daß also die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung immer und unter allen Umständen gleichzeitig den getätigten Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen entsprechen müßten; d. h. Keynes bzw. seine Anhänger behaupten damit implizite, daß es in der wirtschaftlichen Wirklichkeit weder eine inflatorische noch eine deflatorische Entwicklung und damit auch keine Konjunkturen geben könnte, die ja nichts anderes sind als der Ausdruck derart „aneutraler“ Entwicklungen.

Die Durchführung alimentierungsbedürftiger Vorhaben, die zu einer Steigerung im Umfange der Beschäftigung führen, werden regelmäßig mehr oder weniger vollständig durch Kredite finanziert werden müssen, die, soweit sie nicht aus jenen bei den Banken als Geldkapital befindlichen früheren Ersparnissen gegeben, nur aus einer Schaffung von „zusätzlichem“ Kredit gewährt werden können, durch die einerseits „Zwangsparsparnisse“ entstehen und andererseits zukünftige echte Ersparnisse antizipiert werden, und zwar um so mehr, je mehr eine durch die zusätzlichen Kredite bedingte preisinflatorische Entwicklung durch eine kostendeflatorische Entwicklung kompensiert werden kann, die sich daraus ergibt, daß infolge der Steigerung des Erzeugungsumfanges und die dadurch verursachte Kostendegression eine bessere Kombination der Produktionsfaktoren ermöglicht wird, die ihren Ausdruck in jener Steigerung der technischen Produktivität findet, welche in der angegebenen Kostendegression praktisch in Erscheinung tritt.

Ob und wie weit die alimentierungsbedürftigen Vorhaben sich auch später als wirtschaftliche Vorhaben legitimieren, hängt davon ab, ob sie, soweit es sich um Investitionen im eigentlichen wirtschaftlichen Sinne oder aber um „einseitige Wertübertragungen“ als Ausdruck einer Kapitalausfuhr handelt, später aus den laufenden Ersparnissen übernommen werden – zumindest in dem Umfange, in dem sie nicht durch Zwangssparen finanziert sind, und soweit es sich um Vorhaben

staatlicher Art handelt, ob sie aus den laufenden Steuereinnahmen oder aber aus Anleihen finanziert werden können⁷⁹.

Die volkswirtschaftlich bedingten Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung ergeben sich also aus den folgenden grundsätzlichen Zusammenhängen: Eine jede Volkswirtschaft ist eingestellt auf einen bestimmten Umfang der Verbrauchsgütererzeugung und einen bestimmten Umfang der Investitionen. Die Notwendigkeit zu Realinvestitionen ergibt sich hierbei daraus, daß der Produktionsapparat einmal stets auf der Höhe der Technik gehalten werden muß, er ergibt sich weiter aus der Tatsache der Wandlung der Bedürfnisse, und er ist schließlich notwendig, wenn der Bevölkerungsumfang expansive Tendenzen aufweist.

Die Möglichkeit zur Realinvestition ergibt sich aus der Tatsache, daß der Umfang der Erzeugung in der Verbrauchsgüterindustrie pro Einheit der Beschäftigung größer ist als der Bedarf pro Einheit der Beschäftigung und daß der Überschuß der spezifischen Erzeugungsmenge, d. h. der Erzeugungsmenge pro Beschäftigungseinheit über deren Bedarf um so größer ist, je größer die technische Produktivität in der Verbrauchsgütererzeugung und je höher das laufende Einkommen ihrer Produktionsfaktoren ist.

Hieraus folgt allerdings andererseits auch wieder die Notwendigkeit zur Durchführung alimentierungsbedürftiger Vorhaben um den Überschuß der Verbrauchsgütererzeugung, der sich bei einer einigermaßen wirtschaftlichen Ausnutzung der Erzeugungskapazität der Verbrauchsgüterindustrie und dementsprechendem Lebensstandard ihrer Produktionsfaktoren über deren Bedarf ergibt, absetzen zu können. Diese Notwendigkeit ist naturgemäß um so größer, je größer die technische Produktivität in der Verbrauchsgütererzeugung ist.

Andererseits folgt aus dieser letztgenannten Tatsache, daß je größer der Umfang alimentierungsbedürftiger Vorhaben in einer Volkswirtschaft ist – und dieser wird nach einem Kriege sowohl für wirtschaftliche wie auch für außerwirtschaftliche (Reparationen usw.) Zwecke im allgemeinen ein nicht unbeträchtlicher sein –, auch die technische Produktivität in der Verbrauchsgütererzeugung so groß

⁷⁹ Es ist daher auch unzutreffend oder doch zumindest irreführend, wenn E. Schneider (Einführung in die Wirtschaftstheorie, a. a. O., S. 49) die Ansicht vertritt, „daß in der geschlossenen Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität in jedem Augenblick bzw. in jeder Periode von beliebiger Länge ex-post der Wert der Nettoinvestition gleich ist dem Wert der Nettoersparnis“; denn „in jedem Augenblick“ ist das keinesfalls zutreffend, und „ex-post“ kann es so sein, muß es aber keinesfalls, und wird es insbesondere auch dann nicht, wenn sich im Verlaufe der Realinvestitionen das Verhältnis der kritischen Zinssätze verschlechtert, d. h. insbesondere wenn der „virtuelle“ Zins den „Marktzins“ unterschritten hat.

wie möglich sein muß, um den Überschuß der Verbrauchsgütererzeugung über den eigenen Bedarf, den ihre Produktionsfaktoren bei ausreichendem Lebensstandard nach ihren Erzeugnissen haben, dem Umfange der durch die alimentierungsbedürftigen Vorhaben bzw. dem ihrer Produktionsfaktoren bedingten Nachfrage nach Verbrauchsgütern möglichst vollständig anzupassen.

Je vollständiger diese Anpassung ist, um so vollständiger kann auch die Alimentierung der alimentierungsbedürftigen Vorhaben – wirtschaftlicher ebenso wie auch außerwirtschaftlicher Art – ohne Anwendung der Methode des „Zwangssparen“, monetärer oder fiskalischer Natur – durchgeführt werden; d. h. um so mehr können insbesondere auch Vorhaben außerwirtschaftlicher Art wie Kriegsschädigungen, Reparationen usw., aber auch Arbeitsbeschaffungsvorhaben, die – privatwirtschaftlich betrachtet – „unrentabel“ sein würden, ohne Senkung des Lebensstandards aus jener Kostendegression finanziert werden, die sich daraus ergibt, daß diese alimentierungsbedürftigen Vorhaben – unmittelbar und mittelbar entsprechend dem Gesetz der multiplikativen Konsekwitwirkungen – den Erzeugungsumfang in der Gesamtwirtschaft steigern. Auf die hier relevanten Zusammenhänge wird nunmehr etwas näher einzugehen sein.

3. Die betriebswirtschaftlich bedingten Wirkungen

Wir hatten bereits früher erwähnt, daß regelmäßig eine betriebswirtschaftliche Unterbeschäftigung in der Volkswirtschaft besteht, die darauf beruht, daß die Betriebe normalerweise unteroptimal ausgenutzt sind, so daß bei einer Steigerung im Umfange der Beschäftigung – und damit naturgemäß auch im Umfange der Erzeugung – eine Steigerung der technischen Produktivität eintritt.

Die sich hieraus ergebenden Kostenersparnisse bedingen dann entweder weitere Realinvestitionen oder eine Steigerung im Umfange der Läger⁸⁰; es kann aber auch – und das wird namentlich dann der Fall sein, wenn sich diese Entwicklung innerhalb relativ längerer Zeiträume abspielt – eine Erhöhung des Lebensstandards damit verbunden sein. Namentlich diese Tatsache ist – in Verbindung mit einer Steigerung im Umfange der Bevölkerung – die Voraussetzung dafür, daß in größerem Umfange durchgeführte Realinvestitionen sich nicht schließlich als „Fehlinvestitionen“ erweisen.

⁸⁰ Wie wir bereits erwähnten, ist diese Frage für Keynes nicht vorhanden, da er ja keinen Unterschied zwischen der aktiven Kategorie der Realinvestitionen und der passiven der Läger kennt; denn für ihn ist („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 55) einfach „Investition gleich dem Werte des Teils der laufenden Produktion . . ., der nicht verbraucht wird“, schließt also die „Läger“ ebenso ein wie eine jede Fehlinvestition.

Eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung in der Realinvestierung, die die angegebenen multiplikativen Konsekwirkungen aufweist, wie sie oben ausführlicher dargestellt wurden, setzt voraus, daß die Vorhaben, die der primären Steigerung im Umfange der Beschäftigung dienen, alimentierungsbedürftig sind und daher infolge der durch ihre Produktionsfaktoren verursachten Steigerung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern eine entsprechende Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und damit auch der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren indizieren. Wie schon gesagt wurde, ist es für die Gegenwartswirkungen völlig gleichgültig, welcher Art diese Vorhaben sind, die der unmittelbaren Steigerung im Umfange der Beschäftigung dienen, wenn es sich bei ihnen nur um alimentierungsbedürftige Vorhaben handelt. Die Zukunftswirkungen und damit auch die wirtschaftliche Legitimität solcher Vorhaben aber hängt davon ab, in welcher Weise durch sie und ihre multiplikativen Konsekwirkungen die Kostengestaltung in der Gesamtwirtschaft beeinflußt wird. Es handelt sich hier also um eine betriebswirtschaftlich bedingte Frage, die nunmehr etwas näher zu prüfen ist.

Wie bereits wiederholt festgestellt wurde, beruht der Einfluß, den die betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten auf die hier relevanten Tatbestände und Vorgänge haben, auf dem Einfluß von Veränderungen der technischen Produktivität als Ausdruck einer Veränderung in der Güte der Kombination der Produktionsfaktoren, die in einer Veränderung der spezifischen Erzeugungskosten, d. h. der Kosten pro Einheit der Erzeugung in Erscheinung tritt.

Eine Veränderung der spezifischen Erzeugungskosten und insbesondere eine Reduktion dieser Kosten als Ausdruck einer Veränderung bzw. einer Verbesserung der technischen Produktivität kann einmal darauf beruhen, daß neue technisch verbesserte Erzeugungsverfahren eingeführt werden, durch welche der Umfang der Erzeugung verändert bzw. erhöht werden kann, ohne daß dadurch eine entsprechende Steigerung der aufzuwendenden Kosten erforderlich wäre. In einem solchen Falle der Einführung neuer Erzeugungsverfahren auf Grund einer Erweiterung des technischen Wissens handelt es sich um eine Datenänderung aus – wie früher schon gesagt wurde – außerwirtschaftlicher, also exogener Verursachung.

Eine Senkung der spezifischen Erzeugungskosten kann zum anderen – und dieser Fall interessiert hier vor allem – dadurch erreicht werden, daß eine Steigerung der Nachfrage zu einer Erhöhung des Erzeugungs- und damit auch des Beschäftigungsumfanges bei bisher unteroptimal ausgenutzter Erzeugungskapazität führt.

Bei dieser Art der Senkung der spezifischen Erzeugungskosten kann es sich einmal darum handeln, daß in den einzelnen Betrieben

infolge einer Vergrößerung des Erzeugungsumfanges Einsparungen gemacht werden, und zum anderen können alle Betriebe eines Industriezweiges und damit dieser als Ganzes entsprechende Einsparungen machen. Die erstgenannte Art der Einsparungen nennt Marshall „internal economics“, die letztere „external economics“⁸¹.

Bei den „internal economics“ kann es sich wieder darum handeln, daß entweder eine Kostensenkung bei konstanter Betriebsgröße durch eine bessere Ausnutzung der gegebenen Erzeugungskapazität erreicht wird oder aber daß die Kostensenkung durch eine Veränderung der Betriebsgröße erreicht wird⁸².

Hinsichtlich der zwischen Erzeugungskosten und Erzeugungs- bzw. durch die Ersparnis und Investition miteinander in Einklang gebracht auch Beschäftigungsumfang bestehenden nichtlinearen Beziehungen sind die folgenden grundsätzlich wichtigen Zusammenhänge zu beachten, die mit Rücksicht auf die Gewinnung eindeutiger Erkenntnisse hier kurz zusammenfassend angegeben werden müssen.

Die Kosten eines Betriebes – und das gilt sinngemäß auch für den gesamten volkswirtschaftlichen Erzeugungsapparat – lassen sich in ihre verschiedenen grundsätzlich wichtigen Komponenten zerlegen, und als Funktionen des Erzeugungsumfanges auf Grund der bekannten, von E. Schmalenbach gesetzten Begriffe⁸³ in erster Ap-

⁸¹ Vgl. hierzu A. Marshall: Principles of Political Economy, 5th ed., London 1905.

⁸² Die Ansicht G. Haberlers (Der internationale Handel, Wien 1933, S. 151), daß die von F. D. Graham unterstellte Annahme sinkender Kosten nicht die Erkenntnisse der Kostentheorie berücksichtigte, entbehrt der erforderlichen Begründung; das gilt ähnlich auch für die seitens F. H. Knight gegenüber Graham erhobenen Einwände.

Die Behauptung Haberlers (ebenda, S. 153), „daß sinkende Kosten infolge der Vorteile des Großbetriebes (interne Einsparungen) mit freier Konkurrenz auf die Dauer unvereinbar“ seien, gilt nur tendenziell für die Entwicklung im „long-run“, was wohl durch die Worte „auf die Dauer“ zum Ausdruck gebracht sein soll.

⁸³ Vgl. E. Schmalenbach: Grundlagen der Selbstkostenrechnung und Preispolitik, 6. Aufl., Leipzig 1934.

Die hier relevanten Zusammenhänge hatte bereits Th. Vogelstein (Das Ertragsgesetz der Industrie, AfSw., Bd. 34, 1912, S. 778) in die Feststellung gefaßt: „Kapital, Arbeit und Boden ... sind ... Zusammenfassungen vieler Elemente, die bei der Produktion mitwirken. Wir können sie in ihre einzelnen Komponenten zerlegen und jedes einzelne Kapitalgut, jede einzelne Arbeitsart, jede einzelne Naturkraft nach Art und Form als gegeben und vermehrbar ansehen und alle anderen in steigenden Mengen zuführen. Immer wird sich das gleiche Resultat ergeben: Eine Kurve, die erst ansteigt, dann kulminiert und darauf wieder fällt. Das Gesetz abnehmenden Ertrages ist ein absolut gültiges Gesetz aller Variationen bei Gleichbleiben eines einzigen Elements von einem bestimmten Punkt an. Das gleiche gilt von dem Gesetz zunehmenden Ertrages bis zur Erreichung der optimalen Zuführung der anderen Produktionselemente.“

proximation durch die nachfolgenden Beziehungen wiedergegeben:

1. Konstante Kosten $k_k = c_k$
2. Proportionale Kosten $k_p = c_p \cdot V$
3. Abnehmende (degressive) Kosten . . . $k_a = c_a \cdot V^\alpha$
4. Zunehmende (progressive) Kosten . . $k_z = c_z \cdot V^\beta$

Hierbei sind dann c_k , c_p , c_a und c_z sowie auch α und β Betriebskonstante, also Größen, die durch die Verhältnisse des jeweils betrachteten Betriebes bestimmt sind. Für die beiden letztgenannten Größen gelten dabei ganz allgemein die Bedingungen

$$\alpha < 1, \beta > 1$$

Schließlich ist V das aus als homogen angenommenen Einheiten bestehende Erzeugungsvolumen.

Die Gesamtkosten ergeben sich dann als Resultierende aus der Superposition der angegebenen Einzelkosten zu

$$K = c_k + c_p \cdot V + c_a V \cdot \alpha + c_z \cdot V \gamma^\beta \quad (15)$$

Die spezifischen Erzeugungskosten ergeben sich dann in Abhängigkeit vom Erzeugungsumfang durch Division des Erzeugungsumfanges in die Gesamtkosten zu

$$K_{sp} = K/V = c_k \cdot V^{-1} + c_p + c_a \cdot V^{\alpha-1} + c_z \cdot V^{\beta-1} \quad (16)$$

Aus der Kostengleichung folgt, daß es einen Wert des Erzeugungsumfanges geben muß, bei dem die spezifischen Erzeugungskosten ein Minimum erreichen. Dieses „Erzeugungsoptimum“ läßt sich aus einer graphischen Darstellung der Bildkurve für die spezifischen Erzeugungskosten unschwer angenähert ermitteln. Rechnerisch ergibt es sich aus der letztgenannten Beziehung Formel (16) unter Berücksichtigung der Optimumbedingung

$$\frac{dK_{sp}}{dV} = 0, \left(\frac{d^2 K_{sp}}{dV^2} > 0 \right)$$

Diese Beziehung ist nun aber nicht allgemein lösbar. Das Erzeugungsoptimum – ausgedrückt durch die optimale Erzeugungsmenge – läßt sich jedoch aus der oben in Formel (15) für die Gesamtkosten angegebenen Beziehung unter Berücksichtigung der Bedingung der Wendetangente berechnen. Diese liegt bekanntlich jenem Punkte der Bildkurve an, in dem ihre Krümmung verschwindet, für den also

$$\frac{d^2 K}{dV^2} = 0$$

ist.

Somit ergibt sich das optimale Erzeugungsvolumen in einfacher Weise aus der zweiten Ableitung der Kostenfunktion zu

$$V_{\text{opt}} = \left[\frac{\alpha \cdot (1 - \alpha)}{\beta \cdot (\beta - 1)} \cdot \frac{c_a}{c_z} \right]^{\alpha - \beta}$$

Der Einfluß der hier entwickelten und, wie unschwer zu erkennen, bestimmenden Zusammenhänge⁸⁴, die zeigen, daß in der Industrie normalerweise mit zunehmendem Ertragszuwachs produziert wird⁸⁵, wurden von Keynes bei seinen Betrachtungen über das Beschäftigungsproblem nicht nur nicht berücksichtigt, sondern offenbar nicht erkannt insofern, als er von den entgegengesetzten Voraussetzungen ausgeht. Aus den von ihm ausdrücklich gemachten Unterstellungen ergeben sich nämlich Wirkungen, die den von ihm behaupteten genau entgegengesetzt sind. Denn Keynes nimmt dem Geschehen der wirtschaftlichen Wirklichkeit und den dieses Geschehen bestimmenden Tatbeständen zuwider an, daß die industrielle Produktion nicht, wie dies nachgewiesenermaßen der Fall ist, normalerweise entsprechend dem Gesetz der Massenproduktion mit steigender technischer Produktivität, also mit zunehmendem Ertragszuwachs produziert, sondern daß, wie bereits erwähnt wurde, seiner Ansicht nach im Gegenteil „die Industrie normalerweise . . . mit abnehmendem Ertrag arbeitet,

⁸⁴ Vgl. zu diesen Fragen auch die Untersuchungen von H. Beckerath: *Der moderne Industrialismus*, Jena 1930; T. N. Carver: *Distribution of Wealth*, New-York 1929; F. D. Graham: *Some Aspects of Protection Further Considered*, QJ., vol. 37, 1923, siehe hierzu auch QJ., vol. 39, 1915; R. F. Harrod: *Notes on Supply*, EJ., vol. 40, 1930; derselbe: *The Law of Decreasing Costs*, EJ., vol. 41, 1931; F. H. Knight: *Risk, Uncertainty and Profit*, Boston 1921; derselbe: *Some Fallacies in the Interpretation of Social Cost*, QJ., vol. 38, 1924, siehe hierzu auch QJ., vol. 39, 1925; D. H. MacGregor: *Industrial Combinations*, London 1906 A. Marshall: *Principles of Political Economy*, a. a. O.; siehe auch derselbe: *Industry and Trade*, 5th ed., London 1923; K. Mellerowicz: *Kosten und Kostenrechnung*, Berlin 1933; O. Morgenstern: *Offene Probleme der Kosten- und Ertragstheorie*, ZfN., Bd. 2, 1931; R. Navratil: *Die richtige Deutung der Ertragsgesetze*, JbfnSt., Bd. 144, 1936; A. C. Pigou: *Economics of Welfare*, 3rd ed., London 1929; E. Schmalenbach: *Grundlagen der Selbstkostenrechnung und Preispolitik*, a. a. O.; E. Schneider: *Kostentheoretisches zum Monopolproblem*, ZfN., Bd. 3, 1931; derselbe: *Reine Theorie monopolistischer Wirtschaftsformen*, Tübingen 1932; derselbe: *Theorie der Produktion*, Wien 1934; G. F. Shove: *Increasing Returns and the Representative Firm*, EJ., vol. 40, 1930; C. Silbe: *Die Ertragsgestaltung in der Industrie*, a. a. O.; H. v. Stackelberg: *Grundzüge der theoretischen Volkswirtschaftslehre*, Berlin 1943; F. W. Taussig: *Principles of Economics*, 3rd ed., New-York 1921; Th. Vogelstein: *Das Ertragsgesetz der Industrie*, a. a. O.; J. Viner: *Cost Curves and Supply Curves*, ZfN., Bd. 3, 1931; derselbe: *The Doctrine of Comparative Cost*, WA., Bd. 36, 1932; W. Weddigen: *Theorie des Ertrages*, a. a. O.; F. X. Weiß: Artikel „Abnehmender Ertrag im Hwb. d. Stw.“, 4. Aufl.

⁸⁵ Siehe hierzu auch oben S. 12, Anm. 17.

so daß das Grenzerzeugnis abnimmt⁸⁶, während es, wie gesagt, in der Tat bis zur Erreichung des Erzeugungsoptimums zunimmt⁸⁷.

Eine Verbesserung der technischen Produktivität durch Ausdehnung des Erzeugungs- und dementsprechend auch des Beschäftigungsumfanges setzt voraus, daß die Vorhaben, deren Durchführung die unmittelbare Steigerung im Umfange der Beschäftigung dient, um die angegebenen multiplikativen Konsekwirkungen zu erzielen, den Umfang der Menge liquider Verbrauchsgüter nicht vermehren, sondern daß sie vielmehr „alimentierungsbedürftig“ sind, und zwar ist es hierbei zunächst völlig gleichgültig, wie das schließliche wirtschaftliche Ergebnis solcher Vorhaben ist; es ist also zunächst gleichgültig, ob es sich bei diesen Vorhaben um solche produktiver oder unproduktiver Art handelt. Diese Wirkungen sind erst für die zukünftigen Gleichgewichtsverhältnisse wichtig und müssen im Hinblick hierauf natürlich auch berücksichtigt werden; sie sind nur ohne Einfluß auf die gegenwärtigen multiplikativen Konsekwirkungen, soweit sie nur alimentierungsbedürftig sind.

Die Tatsache, daß hier nicht eine jede beliebige, sondern nur eine solche Beschäftigungsart angewandt werden darf, die voraussetzt, daß die beschäftigten Arbeitskräfte seitens der Volkswirtschaft alimentiert werden, ergibt sich, wie bereits früher gesagt wurde, daraus, daß in der Verbrauchsgüterindustrie die Erzeugungsmenge pro Einheit der Beschäftigung, d. h. die auf den einzelnen, an der Erzeugung von Verbrauchsgütern beschäftigten Arbeiter entfallende Verbrauchsgütermenge größer ist als diejenige Menge, die er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse nachfragt, so daß für den Fall, daß die „überschüssigen“ Verbrauchsgüter keine anderweitige Verwendung finden können, das Gleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufs gestört wäre mit dem Erfolg einer Reduktion im Umfange der Beschäftigung, bis sich ein neues Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau der Beschäftigung eingestellt hat.

Eine Steigerung im Umfange der Gesamtbeschäftigung als multiplikative Konsekwirkung einer Steigerung im Umfange der alimen-

⁸⁶ J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 15.

⁸⁷ Es sei erwähnt, daß die hier bestimmenden Zusammenhänge auch die Grundlage für die wirtschaftliche Legitimität der sogenannten „Erziehungszölle“ bilden, insofern, als der Sinn dieser Art von Zöllen darin liegt, die betreffenden Industrien solange vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, bis ihr Erzeugungsumfang derart ist, daß sie mit ausreichend niedrigen spezifischen Erzeugungskosten zu produzieren vermögen, also eine möglichst optimale Kombination der Produktionsfaktoren erreicht haben. Entgegen dem Freihandelsargument der „komparativen“ Kosten kann man hier also von einem Schutzzollargument der „degressiven“ Kosten sprechen.

tierungsbedürftigen Beschäftigung liegt also auch dann vor, wenn überhaupt Arbeitskräfte beschäftigt werden, durch deren Tätigkeit der Umfang der laufenden Verbrauchsgütermenge keine unmittelbare Steigerung erfährt. Diese Voraussetzung ist aber, wie schon gesagt wurde, nicht nur bei investitiven oder auch solchen Vorhaben gegeben, die der Erzeugung des güterwirtschaftlichen Äquivalents „einseitiger Wertübertragungen“ dienen, sondern sie sind auch erfüllt bei allen solchen Vorhaben, die normalerweise als „unproduktiv“ oder auch als „verlusthaft“ bezeichnet werden, wie dies beispielsweise bei Rüstungsausgaben, Kriegskosten usw. der Fall ist.

Hieraus ergibt sich die Tatsache, daß die Ausgaben für eine jede Art von alimentierungsbedürftiger Beschäftigung, also auch für die genannten „unproduktiven“ oder „verlusthaften“ Vorhaben infolge der durch sie bewirkten multiplikativen Konsekwirkungen eine Steigerung der technischen Produktivität in der Gesamtwirtschaft durch Ausdehnung des Erzeugungsumfanges und die hierdurch bedingte Verbesserung der Kombination der Produktionsfaktoren, ausgedrückt durch eine entsprechende Kostendegression, verursachen. Diese Steigerung der technischen Produktivität kann derart sein, daß es möglich ist, die Kosten für diese unproduktiven oder verlusthaften Ausgaben durch eine steuerliche Belastung der Volkswirtschaft zu decken, ohne daß dadurch eine Reduktion der Gewinne gegenüber ihrer bisherigen Höhe erforderlich wäre. Es besteht sogar darüber hinaus die Möglichkeit, daß trotz der steuerlichen Belastung zum Zwecke der Finanzierung der unproduktiven oder verlusthaften Vorhaben, deren Durchführung der Steigerung im Umfange der Beschäftigung diene, noch eine Steigerung der Gewinne gegenüber dem bisherigen Stande erreicht werden kann.

Es wird dies immer dann der Fall sein, wenn die Kosten der unproduktiven oder verlusthaften Vorhaben, welche durch Kredite antizipiert und aus aufkommenden Steuereingängen abgedeckt werden müssen, geringer sind als jene Kostenersparnis, die der Ausdruck der Kostendegression ist, welche letztlich die Folge der Steigerung im Umfange derjenigen Beschäftigung – und der hierdurch verursachten multiplikativen Konsekwirkungen – ist, die der Durchführung der unproduktiven oder verlusthaften Vorhaben diene.

Wenn Keynes also meint, daß „verlusthafte“ Ausgaben „das Gemeinwesen im Endergebnis trotzdem bereichern können“, so daß „das Bauen von Pyramiden, Erdbeben, selbst Kriege ... dazu dienen [mögen], den Reichtum zu vermehren“⁸⁸, so ist das zwar an sich grund-

⁸⁸ J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 110.

sätzlich möglich und daher auch – wenn auch etwas übertrieben gesagt – durchaus richtig beobachtet; es kann aber nicht, wie Keynes das zu tun versucht, damit begründet werden, daß „für einen Menschen, der lange arbeitslos war, ... irgendein Maß von Arbeit, statt Nachteil einzuschließen, einen positiven Nutzen haben“ mag⁸⁹, sondern ist lediglich eine Folge davon, daß die Kosten solcher Vorhaben geringer sind als jene durch Kostendegression bedingte Kostenersparnis, die letztlich das Ergebnis der multiplikativen Konsekwirkungen jener alimentierungsbedürftigen Vorhaben ist, zu deren Durchführung die Primärsteigerung im Umfange der Beschäftigung erfolgte.

Wenn Keynes diese Zusammenhänge nicht richtig, sondern nur durch die von ihm angewandte Art einer gewissen mystischen Umschreibung begründen konnte, so lag das an seinen grundsätzlich irrigen Vorstellungen über die Art der industriellen Kostengestaltung.

IV. Die Arbeitsbeschaffung

Unter Arbeitsbeschaffung versteht man wohl allgemein die Tatsache, daß Arbeitskräfte seitens öffentlicher Stellen eingesetzt werden zur Durchführung von Vorhaben, die durch die private Wirtschaft nicht oder doch nicht in dem betreffenden Zeitpunkte durchgeführt worden wären, um auf diese Weise eine in der Wirtschaft bestehende Unterbeschäftigung zu beheben.

Bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen, die der „Arbeitsbeschaffung“ dienen sollen, muß der Charakter der bestehenden Unterbeschäftigung, die gemildert oder beseitigt werden soll, stets beachtet, d. h. es muß berücksichtigt werden, ob sie eine solche konjunktureller oder vielmehr eine solche struktureller Verursachung, und in letzterem Falle vor allem auch endogener oder exogener Natur ist. Diese Notwendigkeit ist insbesondere deshalb gegeben, weil die Vorhaben, die der Arbeitsbeschaffung dienen sollen, im ersteren Falle katalytisch, in letzterem Falle aber kausal wirken müssen; wobei natürlich nicht bestritten werden soll, daß die insgesamt katalytisch wirkende Arbeitsbeschaffung zur Beseitigung einer konjunkturellen Arbeitslosigkeit nicht an sich auch in ihren Wirkungen kausal sein kann.

Betrachten wir zunächst die Gesichtspunkte, die bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen zu beachten sind, die der Beseitigung einer konjunkturellen Unterbeschäftigung dienen sollen, und die in ihren Wirkungen, wie gesagt, grundsätzlich katalytischer Natur

⁸⁹ Ebenda, S. 109.

sein müssen. Um diese Gesichtspunkte erkennen zu können, muß zunächst kurz und grundsätzlich die Ursache einer solchen konjunkturellen Unterbeschäftigung festgestellt werden.

Eine konjunkturelle Unterbeschäftigung als Ausdruck eines konjunkturellen Abstiegs bzw. seines Abschlusses ist letztlich dadurch bedingt, daß die Unternehmer ihren Erzeugungsumfang und damit auch den Umfang der von ihnen beschäftigten Arbeitskräfte einschränken bzw. eingeschränkt haben. Eine solche Einschränkung erfolgt deshalb, weil die Unternehmer die wirtschaftliche Entwicklung ungünstig beurteilen und daher der „virtuelle“ Zins als Ausdruck ihrer Antizipationen entsprechend niedrig liegt, derart, daß er unterhalb oder bei dem für sie relevanten „Marktzinsfuß“ liegt.

Um in einem solchen Falle eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung erreichen zu können, muß also das Verhältnis von „virtuellem“ Zins zum „Marktzinsfuß“ so gestaltet werden, daß es größer ist als die Einheit. Das kann grundsätzlich auf zweierlei Art geschehen, nämlich einmal dadurch, daß der „virtuelle“ Zins soweit gehoben wird, daß er oberhalb des „Marktzinsfußes“ liegt, und zum anderen dadurch, daß der „Marktzinsfuß“ soweit gesenkt wird, daß er den „virtuellen“ Zins unterschreitet.

Das letztgenannte Ziel kann bekanntlich dadurch erreicht werden, daß die Banken ihren Zins ausreichend senken. Diese Methode ist die, die man als die „Politik des billigen Geldes“ zu bezeichnen pflegt; sie ist, wie gesagt wurde, nur solange anwendbar, als der „virtuelle“ Zins größer ist als Null. Eine solche Politik hat ihrerseits auch insofern eine katalytische Wirkung auf den „virtuellen“ Zins, als die Senkung des „Marktzinsfußes“ seitens der Unternehmer als ein günstiges Zeichen angesehen wird und daher in Richtung einer Steigerung des „virtuellen“ Zinses wirkt¹. Diese Politik des „billigen Geldes“ ist allerdings, wie bereits weiter oben gesagt wurde, nur anwendbar, solange der „virtuelle“ Zins oberhalb des Wertes Null liegt. In diesem Falle, d. h. wenn er bei oder unter Null liegt, ist die bestehende Depression nicht mehr konjunkturellen, sondern strukturellen Charakters und regelmäßig auch exogener Verursachung.

Der andere Weg zur Beseitigung einer konjunkturellen Unterbeschäftigung ist der, den „virtuellen“ Zins zu erhöhen. Das geschieht, wie gezeigt, einmal durch die katalytischen Wirkungen einer Senkung des „Marktzinsfußes“, zum anderen aber auch selbständig durch ent-

¹ In diesem Sinne äußert sich auch J. M. Keynes (Vom Gelde a. a. O., S. 172), er sagt: „Eine sinkende Bankrate hat zum Beispiel die Tendenz, den natürlichen Zins zu erhöhen, wenn sie die Erwartung einer steigenden Preistendenz erweckt, wodurch die Anziehungskraft der Investition, in Geld ausgedrückt, erhöht wird.“

sprechende güterwirtschaftliche Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung. Der Grund für die Wirkungen solcher Maßnahmen kann darin gesehen werden, daß eine Steigerung im Umfange einer alimentierungsbedürftigen Beschäftigung und die hierdurch verursachten multiplikativen Konsektivwirkungen die Ansichten der Unternehmer hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung optimistischer stimmen, so daß dadurch der „virtuelle“ Zins entsprechend gehoben wird und nunmehr oberhalb des „Marktzinsfußes“ zu liegen kommt, so daß sich die Unternehmer jetzt wieder zu einer Steigerung ihrer Erzeugung und damit auch des Umfanges der Beschäftigung entschließen. Man spricht bei solchen katalytischen Wirkungen einer Arbeitsbeschaffung bekanntlich auch von einer „Initialzündung“. Die hier in Anwendung kommenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wirken zwar auch an sich kausal insofern, als durch sie und ihre Rückwirkungen selber eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung verursacht wird; der wesentliche Effekt liegt hier aber nicht in dieser unmittelbaren Wirkung, sondern darin, daß sie die unternehmerische Tätigkeit allgemein anregen.

Die güterwirtschaftliche Methode der Beseitigung einer konjunkturellen Unterbeschäftigung ist – ebenso wie die geldseitige – nur solange mit Erfolg anwendbar, als die bestehende Unterbeschäftigung tatsächlich nur eine solche konjunkturellen Charakters ist. Ist das nicht der Fall – und das kommt im allgemeinen darin zum Ausdruck, daß der „virtuelle“ Zins den Nullwert unterschreitet – so kann die bestehende Unterbeschäftigung ebensowenig auf geldseitigem wie auf dem angegebenen güterwirtschaftlichen Wege behoben werden, sondern hier muß eine Methode angewandt werden, durch die der Beschäftigungsumfang in seinem ganzen Ausmaße – und nicht nur, wie bei einer konjunkturellen Bekämpfung als „Initialzündung“, in einem relativ kleinen Bereich – d. h. kausal bekämpft wird. Die hier anzuwendende Methode ist im eigentlichen Sinne das, was neuerdings unter „Arbeitsbeschaffung“ zu verstehen und die daher etwas näher zu betrachten ist.

Der Zweck aller jener Maßnahmen, die man unter dem Begriff der „Arbeitsbeschaffung“ – insbesondere als Instrument selbständiger Wirkungen – zu subsumieren pflegt, ist zunächst einmal ein solcher außerwirtschaftlicher und insbesondere sozialer Natur. In dieser Hinsicht handelt es sich darum, die in einer Volkswirtschaft vorhandenen unfreiwillig beschäftigungslosen Arbeitskräfte, deren Umfang namentlich nach einem Kriege dann erheblich sein wird, wenn dieser zu anorganischen Veränderungen innerhalb der internationalen Wirtschafts-

struktur geführt hat, wie dies sowohl nach dem ersten wie auch nach dem jetzigen Weltkriege der Fall ist, wieder in Arbeit zu bringen.

In wirtschaftlicher Hinsicht handelt es sich dabei darum, die Durchführung der „Arbeitsbeschaffung“ dienenden Maßnahmen derart zu gestalten, daß dadurch nach Möglichkeit nicht nur keine übermäßige Belastung der Volkswirtschaft verursacht wird, sondern daß sich die Vorhaben, deren Durchführung den Zweck hat, die bestehende Unterbeschäftigung zu beseitigen, soweit wie möglich infolge der durch sie hervorgerufenen multiplikativen Konsektivwirkungen und die sich hieraus ergebenden Folgewirkungen selber tragen.

Wenn dies Ziel erreicht werden soll oder wenn sogar darüber hinaus versucht werden soll, den nationalen Reichtum zu steigern, so ist das nur möglich – soweit hierzu überhaupt eine objektive Möglichkeit besteht –, wenn die Tatbestände und Zusammenhänge berücksichtigt werden, die in den vorausgegangenen Betrachtungen, insbesondere denen über die betriebswirtschaftlich bedingten Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung dargelegt wurden.

Es ist erstaunlich und spricht offenbar für eine starke intuitive Begabung, wenn Keynes hinsichtlich der grundsätzlich wichtigen Gesichtspunkte, die bei der Wahl und Durchführung von Vorhaben zu beachten sind, die der „Arbeitsbeschaffung“ unter Berücksichtigung der angegebenen Zielsetzung dienen, Ausführungen macht, die im wesentlichen zutreffend sind. Erstaunlich ist das deshalb zu nennen, weil die von ihm richtig festgestellten Wirkungen mit den von ihm unterstellten Voraussetzungen nicht nur nicht zu begründen sind, sondern weil diese Voraussetzungen zu den entgegengesetzten Wirkungen führen müssen, die Keynes feststellt und die auch – bei Beachtung der erforderlichen Voraussetzungen – zutreffen.

Zu begründen sind diese Wirkungen nämlich nicht, wenn man – worauf wir bereits wiederholt hinwiesen –, wie Keynes, von der Annahme ausgeht, daß „die Industrie normalerweise ... mit abnehmendem Ertrag arbeitet“, sondern zu begründen sind sie nur dann, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß die Industrie normalerweise unter dem Gesetz der Massenproduktion mit zunehmendem Ertragszuwachs arbeitet.

Wenn also nicht nur die sozialen, sondern auch die wirtschaftlichen Ziele einer „Arbeitsbeschaffung“ erreicht werden sollen, handelt es sich darum, bei der Planung und Durchführung der ihr dienenden Maßnahmen solche Vorhaben zu wählen, die normalerweise als „unproduktiv“ oder gegebenenfalls auch als „verlusthaft“ zu bezeichnen sind. Das ist erforderlich, um zu vermeiden, daß durch die der

Arbeitsbeschaffung dienenden Vorhaben die normalen Realinvestitionen in der Volkswirtschaft beeinträchtigt werden².

Bei der Planung der Vorhaben, die der Beseitigung der bestehenden Unterbeschäftigung dienen sollen, ist zu beachten, daß grundsätzlich nur solche gewählt werden, für die der „virtuelle“ Zins unterhalb des „Marktzinsfußes“ liegt, so daß also derartige Realinvestitionen seitens der Unternehmer nicht durchgeführt werden würden, weil die hierzu erforderlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlen³. Damit soll keinesfalls gesagt sein, daß die zu wählenden Vorhaben nicht in irgendeiner Weise – wenn auch nur indirekt – produktiv sein dürfen, nur sollen, wie gesagt, nicht solche Vorhaben gewählt werden, die gegebenenfalls auch von der privaten Wirtschaft durchgeführt werden, wenn die Ertragsaussichten ausreichend günstig sind. Trotzdem können natürlich auch solche Vorhaben gewählt werden, die, als solche betrachtet, als verlusthaft zu bezeichnen sind, wenn durch ihre Durchführung die erforderlichen multiplikativen Konsekutivwirkungen in ausreichendem Umfange ausgelöst werden.

Die hier angegebenen Zusammenhänge – und das gilt ganz besonders für die betriebswirtschaftlich bedingten Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung, die ja auch Keynes nicht nur nicht erkannt, sondern sogar gegenteilig eingeschätzt hat – werden leider im allgemeinen nicht oder doch bei weitem nicht in dem erforderlichen Umfange beachtet – soweit sie überhaupt bisher in ausreichender Weise verstanden bzw. erkannt worden sind. Es ist daher – wenn auch angesichts der geschilderten Tatbestände paradox – nicht unrichtig, wenn Keynes meint, es sei merkwürdig, die der Arbeitsbeschaffung dienenden Vorhaben „nach streng ‚geschäftlichen‘ Grundsätzen zu beurteilen“, so daß „einer durch Anleihen finanzierten Arbeitslosenunterstützung williger zugestimmt [würde] als der Finanzierung von Landesverbesserungen zu einem Preis unter dem laufenden Zinsfuß“⁴. Und es ist nicht minder zutreffend, wenn er weiterhin

² Es ist allerdings irrig, wenn Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 102) meint, daß „bei der oft vorherrschenden verworrenen Psychologie . . . das Regierungsprogramm durch seine Wirkungen auf das ‚Vertrauen‘ die Vorliebe für Liquidität vermehren oder die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals vermindern [kann], was wiederum andere Investitionen verzögern mag, wenn nichts getan wird, um diese Neigung auszugleichen“. Denn wenn sich ein Sinken der „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ zeigt, so ist das auch in einem solchen Falle nicht auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sondern auf andere exogen bedingte Einflüsse zurückzuführen.

³ So meint W. Lautenbach (Über Kredit und Produktion, a. a. O., S. 52), „daß die öffentliche Hand auch als Unternehmer überwiegend gerade solche Unternehmungen betreibt, bei denen entweder die Rentabilität als Maßstab der Produktivität überhaupt versagt oder infolge des Monopolcharakters der Produktion besonders unsicher ist und trübt“.

⁴ J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 110.

meint, daß „zwei Pyramiden, zwei Steinhäufen für die Toten ... doppelt so gut [seien] wie einer, aber nicht so zwei Eisenbahnen von London nach York“⁵. Denn es kommt ja bei der Arbeitsbeschaffung nicht auf den – vielfach nur scheinbaren – unmittelbaren wirtschaftlichen Effekt an, sondern auf den mittelbaren, wie er durch die multiplikativen Konsekwirkungen alimentierungsbedürftiger Vorhaben – insbesondere auch hinsichtlich der Gestaltung der technischen Produktivität als Ausdruck der Güte der Kombination der Produktionsfaktoren innerhalb der Gesamtwirtschaft – ausgelöst wird.

Allerdings haben diese Wirkungen ihren Grund nicht, wie Keynes meint, darin, daß „für einen Menschen, der lange arbeitslos war, ... irgendein Maß von Arbeit, statt Nachteil einzuschließen, einen positiven Nutzen haben“ mag, sondern sie haben ihren Grund lediglich darin, daß die multiplikativen Konsekwirkungen solcher Vorhaben, wie gesagt, eine Steigerung der technischen Produktivität innerhalb der Gesamtwirtschaft indizieren, die es gestattet, die Kosten solcher Vorhaben ohne Verlust – und gegebenenfalls noch mit einem Gewinn, der allerdings nicht aus diesen Vorhaben, sondern aus den Kostenersparnissen der Gesamtwirtschaft resultiert – zu finanzieren aus jener Kostendegression, die die Folge der durch die multiplikativen Konsekwirkungen indizierten Steigerung im Umfange der gesamten volkswirtschaftlichen Erzeugung ist.

In diesem letzteren Falle, wenn also die durch die Kostendegression bedingten Kostenersparnisse größer sind als die Kosten jener Vorhaben, die der Arbeitsbeschaffung dienen und diese Kostendegression ihrerseits indiziert haben, ist es auch zutreffend, daß durch diese Vorhaben – auch wenn sie als solche unproduktiv oder verlusthaft sind – der Volkswohlstand gehoben werden kann. In diesen Zusammenhängen liegt auch die – bis heute kaum verstandene – Tatsache begründet, daß der Reichtum der mit großen natürlichen Reichtümern ausgestatteten „definitiven Schuldnerländer“ lediglich in ihrer internationalen Verschuldung liegt, denn die Ausnutzung ihres nationalen Erzeugungsapparates ist lediglich durch ihre Verpflichtung zur intervalutarischen Zinsleistung und der hierdurch verursachten multiplikativen Konsekwirkungen auf die innerwirtschaftliche Entwicklung dieser Länder möglich; und ihr nationaler Wohlstand beruht lediglich darauf, daß die Kostenersparnis, die durch diese multiplikativen Konsekwirkungen bzw. durch die durch sie indizierte Kostendegression verursacht ist, den Betrag der intervalutarischen Zinsleistungen weit übersteigt.

Ein wichtiges Moment ist bei der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen namentlich dann zu beachten, wenn die zu

⁵ Ebenda, S. 111.

ihrer Durchführung in Angriff genommenen Vorhaben unproduktiver oder verlusthafter Natur sind, und zwar ist dies die Notwendigkeit einer Reproduktion der Produktionsfaktoren bzw. der objektiven Produktionsvoraussetzungen.

Typisch für die Nichtbeachtung dieser Erfordernisse ist die Art der Arbeitsbeschaffung, wie sie in Deutschland unter dem Nationalsozialismus durchgeführt wurde. Hier wurden die natürlichen Wirkungen, die sich als Folge der grundsätzlich gestörten intervalutarischen Gleichgewichtslage ergeben mußten, und die ihre Ursache in der durch den ersten Weltkrieg bedingten anorganischen Veränderung der internationalen Strukturverhältnisse hatte⁶, durch weitgehende Reglementierungsmaßnahmen – insbesondere auch in intervalutarischer Hinsicht durch die Devisenbewirtschaftung – ausgeschaltet. Dadurch konnte zwar erreicht werden, daß die Vorhaben, die der Arbeitsbeschaffung – und darüber mit gleicher Wirkung auf den Beschäftigungsumfang auch der Aufrüstung – dienten, die multiplikativen Konsektivwirkungen einer gesunden Arbeitsbeschaffung aufwiesen; der endgültige Erfolg aber war dann der – und konnte auch nur der sein –, daß auf diese Weise die unbedingte Reproduktion der bei der Durchführung der der Arbeitsbeschaffung dienenden Maßnahmen erforderlichen objektiven Produktionsvoraussetzungen unterblieb⁷, die nur

⁶ Siehe hierzu auch A. Forstmann: Der Kampf um den internationalen Handel, a. a. O.

⁷ In diesem Sinne stellt auch W. Lautenbach (Über Kredit und Produktion, a. a. O., S. 26) fest: „Der wirtschaftliche Prozeß kann sich ... nur dann ohne bedenkliche Reibungen und Spannungen ... abwickeln, ... wenn Ausfuhrwaren im Wert der verbrauchten Auslandsgüter erzeugt und — das ist das Entscheidende — im Ausland abgesetzt werden“ (im Original gesperrt); und weiter sagt er (ebenda, S. 27), daß „je wirksamer man die Preise kontrolliert, um so mehr ... man Gefahr [läuft], die Vorräte zu verbrauchen“ und sich somit der Voraussetzungen einer weiteren Produktion beraube.

In ähnlichem Sinne sagt auch W. Grävell (Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr, Europa Wtsch., 3. Jg., 1932): „Jede Stärkung des Binnenmarktes führt zu einer Produktionssteigerung, diese führt ihrerseits zu vermehrter Rohstoffeinfuhr. Die Mittel zur Bézahlung dieser Mehreinfuhr sind aber nicht vorhanden.“

Schließlich sei auch auf die Ausführungen von W. Röpké (German commercial Policy, London 1934, zit., n. A. Cabiati: Die Krise und die deutsche Handelspolitik, ZfN., Bd. 6, 1935, S. 369) hingewiesen, der feststellt: „Die Wahrheit ist, daß die gegenwärtige Proportion von Binnen- und Außenhandel keineswegs stark zugunsten des ersteren verändert werden kann, ohne daß die Grundlagen der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands eine Erschütterung erleiden. Man darf auch nicht vergessen, daß gerade der zur Ausfuhr gelangende Teil der industriellen Erzeugung derjenige ist, der nach dem Gesetz der wachsenden Produktivität die unbedingt notwendige Voraussetzung für die unverminderte Aufrechterhaltung der industriellen Produktion selbst bildet. Auch deshalb, weil dieser Teil ja zur Bézahlung der Einfuhr der Rohstoffe und Halbfabrikate dient, die bei der Herstellung der Fertigwaren unentbehrlich sind.“

durch eine gesteigerte Ausfuhr bei verringertem Inlandsbedarf möglich gewesen wäre.

Nicht unähnlich – in struktureller Hinsicht allerdings nur – lagen auch die Verhältnisse, wenn auch aus anderen Gründen, in den Vereinigten Staaten vor der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“. Auch hier wurden die Wirkungen einer grundsätzlich gestörten Gleichgewichtslage, die dadurch verursacht war, daß die Vereinigten Staaten aus einem natürlichen Schuldnerland durch exogen bedingte Einflüsse zu einem künstlichen Gläubigerland geworden waren, durch internationale Kreditgewährungen der Vereinigten Staaten aufgeschoben – allerdings nicht aufgehoben. Diese internationalen Kredite traten an die Stelle jener früheren Zinsleistungen, mit denen die Vereinigten Staaten das Ausland alimentierten und auf deren innerwirtschaftlichen multiplikativen Konsekwirkungen allein die Prosperität der amerikanischen Wirtschaft beruhte. Auf Grund dieser alimentierenden Kredite waren also die Vereinigten Staaten in der Lage, ihren Erzeugungsapparat wirtschaftlich auszunutzen und den sich hierbei ergebenden Erzeugungsüberschuß an das Ausland ebenso abzusetzen, wie dies früher mit Hilfe der Zinsleistungen geschah. Durch die multiplikativen Konsekwirkungen dieser Kredite, die die früheren Zinsverpflichtungen überstiegen, war allein auch jene „Prosperity-Periode“ in den Vereinigten Staaten und auch den mit ihnen wirtschaftlich verbundenen Ländern möglich, die naturgemäß zusammenbrechen mußte, nachdem die durch die Kreditgewährungen bedingte Alimentierung des Auslandes und damit auch die Möglichkeit ihrer multiplikativen Konsekwirkungen auf die amerikanische Wirtschaft wie auch die Möglichkeit zum Absatz des amerikanischen Erzeugungsüberschusses an das Ausland aufhörte.

V. Das Alimentierungsproblem

A. Allgemeines

Ebenso wie das Beschäftigungsproblem in symptomatischer Hinsicht einen besonders typischen Ausdruck in jenem Komplex von Maßnahmen findet, die man unter der Bezeichnung der „Arbeitsbeschaffung“ zu subsumieren pflegt, ist es in seinen grundsätzlichen und ursächlichen Zusammenhängen besonders durch jene Tatbestände charakterisiert, die man unter dem Begriff der „Alimentierung“ zusammenfassen kann.

Das Alimentierungsproblem ist nun aber nicht nur für die Erkenntnis der innerwirtschaftlichen Zusammenhänge von Wichtigkeit,

sondern seine Bedeutung ist nicht minder groß auch für die Beurteilung der intervalutarischen Verhältnisse, wie dies die voraufgegangenen Betrachtungen über die Lage der Vereinigten Staaten bereits haben erkennen lassen. Es liegt dies besonders daran, daß jene alimentierungsbedürftigen Vorhaben, die die Grundlage für die Änderungen im Umfange der Beschäftigung und ihre wirtschaftliche Legitimität bilden, ihren Ausdruck auch in jenen „einseitigen Wertübertragungen“ finden, die – wie bereits angedeutet – von integrierender Wichtigkeit für die die intervalutarische Dynamik bestimmenden Zusammenhänge sind.

Es erscheint daher auch erforderlich, daß wir zum Abschluß unserer Betrachtungen über das Beschäftigungsproblem noch besonders auf das Alimentierungsproblem und seine charakteristischen Bestimmungsgründe eingehen, und zwar unter Berücksichtigung namentlich auch der intervalutarischen Zusammenhänge, wie sie ihren besonderen Ausdruck in den „einseitigen Wertübertragungen“ und ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen und Wirkungen als Ausdruck der intervalutarischen Alimentierungen finden¹.

Das Alimentierungsproblem ist allgemein gekennzeichnet durch die Tatsache, daß eine wirtschaftliche Ausnutzung des Erzeugungsapparates einer Volkswirtschaft bei ausreichender Beschäftigung voraussetzt, daß eine genügende Anzahl von Vorhaben vorhanden ist, die Arbeitskräfte absorbieren und die ihrerseits wieder Lohn empfangen, ohne daß diese Arbeitskräfte den Umfang der liquiden Verbrauchs-

¹ Es ist bedauerlich, daß Keynes bei seinen Untersuchungen über das Beschäftigungsproblem („Allgemeine Theorie“, a. a. O.) auf die internationalen Wirtschaftszusammenhänge und Bedingtheiten und insbesondere auf die internationale Abhängigkeit des Beschäftigungsproblems von den „einseitigen Wertübertragungen“ überhaupt nicht eingegangen ist, obgleich gerade diese Zusammenhänge und insbesondere die durch exogen bedingte Einflüsse verursachten anorganischen Veränderungen der internationalen Strukturgegebenheiten und ihre Wirkungen für das eigentliche „Problem“ der Beschäftigung zwischen den Weltkriegen von bestimmender Bedeutung waren.

Er erwähnt Einflüsse dieser Art nur mehr nebenbei unter der Annahme, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen im wesentlichen auf einem bloßen Austausch von Gütern beruhten, und berücksichtigt diejenigen Güterbewegungen, die der Ausdruck einseitiger Wertübertragungen sind, gar nicht. So meint er beispielsweise (ebenda, S. 102 f.): „In einer offenen Wirtschaftsordnung mit Handelsbeziehungen zum Ausland wird ein Teil des Multiplikators der vermehrten Investition der Beschäftigung in fremden Ländern zugute kommen, weil ein Teil des vermehrten Verbrauchs die günstige Zahlungsbilanz unseres eigenen Landes vermindern wird, so daß wir bei der bloßen Berücksichtigung der einheimischen Beschäftigung, im Gegensatz zur Weltbeschäftigung, die volle Zahl des Multiplikators vermindern müssen. Andererseits mag unser eigenes Land einen Teil dieses Abganges durch günstige Rückwirkungen zurückerlangen als Folge der durch den Multiplikator im fremden Lande verursachten Zunahme der wirtschaftlichen Tätigkeit.“

güter vermehren, daß also eine ausreichende Möglichkeit zur Alimentierung von Arbeitskräften vorhanden ist, die nicht unmittelbar produktiv tätig sind. Diese Notwendigkeit ist – ceteris paribus – um so größer, je mehr die technische Produktivität in der Verbrauchsgütererzeugung wächst. Diese Tatsache der Notwendigkeit zur Alimentierung bezeichnet man vielleicht am zweckmäßigsten als das aktive Alimentierungsproblem.

Im Gegensatz dazu setzt eine ausreichende Kapitalbildung voraus, daß für die Durchführung von Realinvestierungen ausreichende Verbrauchsgütermengen zur Verfügung stehen oder zur Verfügung gestellt werden können², damit die bei der Realinvestierung und den Zubringerindustrien beschäftigten Arbeitskräfte alimentiert werden können, denn „die Vermehrung oder Verminderung des Kapitals hängt von der Höhe der Investition und nicht von der Höhe der Ersparnis ab“³.

Die Tatsache der Abhängigkeit alimentierungsbedürftiger Vorhaben von dem Vorhandensein ausreichender Alimentierungsmittel kann vielleicht zweckmäßig als das passive Alimentierungsproblem bezeichnet werden. Auch dieses Problem ist für die Beurteilung der intervalutarischen Zusammenhänge und ihrer Störungen durch exogen bedingte Einflüsse von Wichtigkeit.

Die für die beiden Seiten des Alimentierungsproblems wesentlichen Zusammenhänge sollen nun kurz und unter besonderer Berücksichtigung auch der in diesem Zusammenhänge wichtigen außenwirtschaftlichen Tatbestände und Vorgänge betrachtet werden, und zwar wollen wir uns zunächst der Betrachtung des aktiven Alimentierungsproblems zuwenden.

B. Die aktive Alimentierung

Unter der aktiven Alimentierung verstehen wir, wie bereits gesagt wurde, die Notwendigkeit, daß ausreichende alimentierungsbedürftige Vorhaben vorhanden sind, um den relativen Erzeugungsüberschuß – und zwar besteht dieser, soweit hier zunächst die innerwirtschaftlichen

² D. h., daß auf dem Wege der „Zwangsparsnis“ Verfügungsmacht über Verbrauchsgüter in die Hände der Investoren gelangt.

³ J. M. Keynes: Vom Gelde, a. a. O., S. 141.

Während Keynes hier (ebenda) noch zutreffend darauf hinweist, „daß Sparen ohne eine entsprechende Investition möglich ist“, meint er, wie schon gesagt wurde, später („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 70), „daß Ersparnis und Investition ... voneinander abweichen können ... durch eine optische Täuschung erklärt werden“ müßte.

Vgl. hierzu auch oben S. 24.

Verhältnisse interessieren, aus Verbrauchsgütern – bei ausreichender wirtschaftlicher Ausnutzung des Erzeugungsapparates und ausreichendem Beschäftigungsumfang absetzen zu können.

Der hier bestehende **Zwang zur Alimentierung**, d. h. die Notwendigkeit zur Auffindung und Durchführung von Vorhaben, die alimentierungsbedürftig und daher in der Lage sind, einen Überschuß an Verbrauchsgütern als güterwirtschaftlichen Ausdruck entsprechender Ersparnisse aufnehmen zu können, ist um so größer, je größer einmal die technische Produktivität – insbesondere in der Verbrauchsgüterindustrie – ist und je größer zum anderen das Verhältnis der hohen zu den niedrigen Einkommen ist, je mehr also bei einer Veränderung der Einkommensschichtung eine solche Veränderung zugunsten der hohen Einkommen erfolgt, d. h. je mehr entweder bei gleich hohem Nationaleinkommen ein Sinken der niedrigen Einkommen stattfindet oder je mehr bei einem Gleichbleiben der niedrigen Einkommen die hohen Einkommen steigen bzw. eine Kombination aus beiden Alternativen eintritt.

Diese Zusammenhänge sind dadurch bedingt, daß bei einer Steigerung der technischen Produktivität die pro Arbeitseinheit in der Verbrauchsgütererzeugung produzierte Gütermenge steigt, ohne daß eine entsprechende Steigerung der Nachfrage vorliegen würde. Im Gegenteil besteht die Möglichkeit, daß – wenn nicht besondere kompensierende Einflüsse auftreten – die Nachfrage deshalb noch sinken wird, weil die Steigerung der technischen Produktivität eine entsprechende Anzahl von Arbeitskräften bei gleichbleibendem Erzeugungsumfang überflüssig macht. Es muß also für die infolge einer Verbesserung der technischen Produktivität bei gleichem Umfang der Erzeugung überschüssig werdenden Arbeitskräfte eine entsprechende anderweitige Beschäftigung gefunden werden, wenn das Gleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens, wie es oben definiert wurde⁴, nicht gestört werden soll und dadurch weitere kontrahierende Rückwirkungen auf den Beschäftigungsumfang ausgeübt werden sollen.

Das gleiche gilt sinngemäß auch für den Fall, daß eine Veränderung der Einkommensschichtung eintritt, derart, daß das Verhältnis der hohen zu den niedrigen Einkommen zunimmt. Diese Wirkung beruht darauf, daß die nationale Sparquote entsprechend dem Umfange der Veränderung des angegebenen Verhältnisses zunimmt, weil in diesem Falle eine dem Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs entsprechend gesteigerte Verbrauchsenthaltung in der Volkswirtschaft eintritt, die nur dann und nur dadurch in ihren Wirkungen auf das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen aufgehoben werden kann, daß eine

⁴ Siehe hierzu oben S. 33.

entsprechende Ausdehnung der alimentierungsbedürftigen Vorhaben eintritt.

Die angegebenen Wirkungen einer Verbesserung der technischen Produktivität – und sinngemäß auch einer entsprechenden Veränderung der Einkommensschichtung – werden nun aber nur dann eintreten, wenn diese Änderungen der technischen Produktivität die Ursache der angegebenen wirtschaftlichen Entwicklung ist, nicht aber auch dann, wenn sie sich aus dieser endogen ergeben.

Von besonderer Wichtigkeit für die hier interessierende Problematik ist eine Veränderung der technischen Produktivität, die aus exogen bedingten Einflüssen resultiert, namentlich dann, wenn sie von großem Ausmaße ist, wie dies im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts der Fall war, als das gesamte Erzeugungsverfahren durch Einführung der durch neue Erfindungen ermöglichten technischen Verbesserungen „rationalisiert“ wurde.

In einem solchen Falle besteht der Zwang zur Alimentierung in ganz besonderem Umfange und auch in ganz besonderer Art, denn angesichts der Tatsache, daß die Menge der Erzeugung pro Einheit der aufgewandten Arbeit außerordentlich ansteigt und die relative Starrheit der Löhne eine Steigerung der niedrigen Einkommen und damit auch eine Steigerung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern erschwert oder ausschließt – abgesehen von anderen in dieser Richtung wirkenden Tatsachen – steigen zwar die hohen Einkommen, ohne daß aber auch die Realinvestitionen in dem dieser Veränderung in der Schichtung der Einkommen erforderlichen Umfange steigen würden, obgleich natürlich eine gewisse Steigerung durch die neuen Erfindungen und ihre Einführung in das Erzeugungsverfahren stattfinden wird.

Mit Rücksicht auf die in einem solchen Falle bestehenden unzureichenden Möglichkeiten von Inlandsinvestitionen wird es dann erforderlich sein, den Erzeugungüberschuß, der sich bei Ausnutzung der technisch verbesserten Erzeugungskapazität und ausreichendem Beschäftigungsumfang ergeben muß – und zwar an Gütern aller Art – als „Kapitalausfuhr“, also als „einseitige Wertübertragung“ ins Ausland auszuführen.

Hierdurch werden die grundsätzlich gleichen Rückwirkungen auf die innerwirtschaftliche Entwicklung – die Einkommensgestaltung, den Beschäftigungsumfang usw. – desjenigen Landes hervorgerufen, das solche „einseitigen Wertübertragungen“ ausführt, wie sie sich auch bei Inlandsinvestitionen ergeben. Denn es handelt sich in beiden Fällen um alimentierungsbedürftige Vorhaben.

Es ist daher auch erklärlich, daß man als Ausdruck der durch solche „einseitigen Wertübertragungen“ bzw. durch den Außenhandel – das letztere ist allerdings nicht ganz exakt ausgedrückt – hervorgerufenen

multiplikativen Konsektivwirkungen analog dem von **Kahn**⁵ aufgestellten „Beschäftigungsmultiplikator“ bzw. dem von **Keynes** angegebenen „Investitionsmultiplikator“⁶ auch einen „Außenhandelsmultiplikator“ eingeführt hat⁷, der die multiplikativen Konsektivwirkungen des Außenhandels zum Ausdruck bringen soll.

Die Beseitigung bzw. die Verhinderung einer Unterbeschäftigung, die durch eine mehr oder weniger starke Steigerung der technischen Produktivität verursacht ist bzw. verursacht werden kann, und die voraussetzt, daß ausreichende Möglichkeiten einer aktiven Alimentierung bestehen, ist hier also nicht durch die Vornahme inländischer, sondern nur durch die Durchführung ausländischer Realinvestierungen erreichbar; d. h. der Umfang der Beschäftigung ist im vorliegenden Falle eine Folge der „einseitigen Wertübertragungen“ – und zwar in der Form der „Kapitalausfuhr“ – und der multiplikativen Konsektivwirkungen der Erzeugung derjenigen Güter, die als ein entsprechender Ausfuhrüberschuß den güterwirtschaftlichen Ausdruck dieser Kapitalausfuhr darstellen und die daher auch – unter besonderer Berücksichtigung ihres Verwendungszweckes – auch als „Kapitalgüter“ zu bezeichnen sind – auch dann, wenn sich unter ihnen Güter befinden, die normalerweise Verbrauchsgüter sind, die hier aber zur Alimentierung des Produktionsfaktors „Arbeit“ der ausländischen Realinvestierungen dienen⁸.

Die Prosperität des ausführenden Landes beruht dann auf der Möglichkeit ausreichender Auslandsinvestierungen, da durch diese allein die erforderliche wirtschaftliche Ausnutzung des rationalisierten nationalen Erzeugungsapparates bei ausreichendem Beschäftigungsumfang und ausreichendem Lebensstandard möglich ist. Ein gewisser

⁵ Vgl. **R. F. Kahn**: a. a. O.

⁶ Vgl. **J. M. Keynes**: „Allgemeine Theorie, a. a. O.“

⁷ Zur Theorie dieses „Außenhandelsmultiplikators“ vgl. auch die weiter oben angegebene Literatur (S. 35, Anm. 69).

Zum Begriff dieses „Außenhandelsmultiplikators“ stellt **J. J. Polak** (*The Foreign Trade Multiplier*, a. a. O., pg. 891), der eine vergleichende Untersuchung der verschiedenen für einen solchen Multiplikator aufgestellten Beziehungen mit selbständiger Stellungnahme durchgeführt hat, insbesondere fest: „Kahn hat seinem Multiplikator die Aufgabe zugewiesen, die Wirkungen festzustellen, die die Kosten öffentlicher Vorhaben auf das Volkseinkommen haben. In durchaus ähnlicher Weise hat der Außenhandelsmultiplikator die Aufgabe, als Instrument zur Messung der Wirkungen zu dienen, die durch eine Veränderung der Außenhandelsposition eines Landes auf Volkseinkommen, Beschäftigungsumfang usw. hervorgerufen werden.“

⁸ In diesem Sinne nennt beispielsweise **W. Eucken** (*Kapitaltheoretische Untersuchungen*, Jena 1934, S. 125): „Kapital ... in der Geldwirtschaft die Verfügungsmacht über Konsumgüter, soweit sie sich in Händen der Unternehmer befindet.“ (Im Original gesperrt.)

gerung der technischen Produktivität in Verbindung mit der Steigerung innerwirtschaftlicher Ausgleich der durch die Technisierung des Erzeugungsverfahrens auf den Umfang der Beschäftigung indizierten Wirkungen wird dann langfristig auch dadurch möglich, daß die Steigerung des Erzeugungsumfanges – hier zunächst zum Zwecke der Auslandsinvestierung – auch die Lohnverhältnisse verbessert und dadurch zu einer gewissen Veränderung der Einkommensschichtung in Richtung der niedrigen Einkommen führt, so daß dann auch die auf die Arbeitseinheit entfallende Verbrauchsgütermenge eine Steigerung erfährt. Denn diese ist ja bei einer Steigerung der niedrigen Einkommen größer als bei einer solchen der hohen Einkommen.

Es besteht nun noch eine andere Möglichkeit zur Alimentierung. Diese liegt darin, daß Einkommen an Personen gezahlt wird, die entweder unproduktive oder auch verlusthafte Arbeiten ausführen oder die überhaupt nicht beschäftigt sind, wie es beispielsweise in letztgenannter Hinsicht bei Rentnern, Pensionären usw. der Fall ist. Auch in diesem Falle besteht die – oben im einzelnen begründete – Möglichkeit, daß die an solche Personen gezahlten Beträge die Wirtschaft nicht nur nicht übermäßig bzw. überhaupt belasten, sondern daß hierdurch vielmehr eine durch Kostendegression bedingte Kostenersparnis indiziert wird, die die für solche unproduktiven oder auch verlusthaften Ausgaben verursachten Kosten kompensiert oder auch überkompensiert. Auch in diesem Falle besteht eine Analogie außenwirtschaftlicher Art, die sich aus den folgenden Tatsachen ergibt:

Wenn fremde Länder mit Hilfe ausländischer Kapitalien abgeschlossen werden und sie auf diese Weise zu definitiven Schuldnerländern werden, so verfügen sie nach ihrer Aufschließung stets über eine Erzeugungskapazität, die bei ausreichend wirtschaftlicher Ausnutzung die eigenen Bedarfsbefriedigungsmöglichkeiten bei weitem überschreitet; die aber erforderlich ist, wenn die gegebenen natürlichen günstigen Erzeugungsbedingungen solcher Länder ausreichend ausgenutzt werden sollen, und deren Ausnutzung ebenfalls notwendig ist, um einen ausreichenden Umfang der Beschäftigung bei ausreichendem Lebensstandard zu garantieren.

Angesichts dieser Tatsache ist es erforderlich, daß solche Länder, wie beispielsweise die Vereinigten Staaten, in der gleichen Weise vorgehen, wie dies die Länder tun, die zur Verwendung ihres Erzeugungsüberschusses Kapitalexport betreiben, und die, da sie später Gläubiger der Länder werden, in die sie in der Gegenwart Kapital ausführen, auch als „werdende Gläubigerländer“ bezeichnet werden können. Sie müssen also ebenfalls ihren Erzeugungsüberschuß in der Form „einseitiger Wertübertragungen“ an das Ausland absetzen.

Die Möglichkeit zu diesem Vorgehen gibt ihnen ihre wirtschaftliche Stellung im internationalen Verkehr, die das natürliche Ergebnis ihrer früheren Entwicklung ist, auf Grund deren sie zu definitiven Schuldnerländern geworden sind. Da sie auf Grund ihrer früheren Kapitaleinfuhren dem Auslande zinspflichtig geworden sind, so können sie nun ihren Erzeugungsüberschuß dazu benutzen, ihren Zinsverpflichtungen dem Auslande gegenüber nachzukommen und verbinden dabei insofern das Angenehme mit dem Nützlichen, als diese güterwirtschaftlich effektuierten Zinsleistungen und deren multiplikative Konsekwirkungen auf ihre innerwirtschaftliche Entwicklung es ihnen erst ermöglichen, ihren Erzeugungsapparat in einer Weise auszunutzen, daß sich daraus bzw. durch die auf diese Weise erzielten Kostenersparnisse ein Gewinn ergibt, der die zur Zinsleistung erforderlichen Beträge bei weitem übersteigt, wie wir bereits bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Situation der Vereinigten Staaten erwähnten.

Die Verhinderung einer Unterbeschäftigung liegt also auch bei diesem „Strukturtyp“ in der Möglichkeit jener aktiven Alimentierung, die ihren Ausdruck in den als Zinsleistungen ausgeführten „einseitigen Wertübertragungen“ findet. Der Umfang der Beschäftigung ist hier also die Folge jener Güterausfuhr und der sich hieraus ergebenden multiplikativen Konsekwirkungen, die der güterwirtschaftliche Ausdruck der Erfüllung der angegebenen Zinsverpflichtungen ist. Und die ausgeführten Güter sind – weltwirtschaftlich gesehen – als Verbrauchsgüter zu bezeichnen, auch wenn sie normalerweise nicht zu dieser Kategorie von Gütern gerechnet werden.

Bei den alimentierungspflichtigen Ländern dieser Art, den „definitiven Schuldnerländern“, liegt also die Voraussetzung ihres nationalen Wohlstandes, ihres Lebensstandards ebenso wie auch ihres Beschäftigungsumfanges in ihrer Verpflichtung zur Alimentierung anderer Länder, d. h. in der diese Verpflichtung begründenden internationalen Verschuldung, die das Ergebnis ihrer früheren Aufschließung mittels ausländischer Kapitalhilfe ist. Werden ihnen diese genommen oder werden diese Länder sogar zu internationalen Gläubigern, ohne daß dies im Verlaufe einer – allerdings langen – natürlichen Entwicklung erfolgt, sondern werden sie dies auf exogene Weise, ohne daß sich ihre übrigen Strukturmerkmale in einer dieser Veränderung adäquaten Weise ändern – und das wird kaum möglich sein –, so ist das Ergebnis eine Krise, deren Schwere durch das Ausmaß der stattgefundenen Veränderung bestimmt ist und die nur dann und nur dadurch zu beheben ist, daß die früheren natürlichen Gegebenheiten wiederhergestellt werden.

In diesem Falle entsteht in diesen Ländern eine Unterbeschäftigung, die – entsprechend dem Gesetz der multiplikativen Konsekwitwirlungen – ein Vielfaches des Beschäftigungsrückganges in den alimentierenden, hier also in den Ausfuhrgütererzeugungen beträgt. Zum anderen entsteht eine nationale Gewinnminderung bzw. ein nationaler Verlust, der in seinem AusmaÙe bestimmt ist durch die Höhe jener sonst gemachten Kostenersparnisse, die dadurch verursacht waren, daß die Ausfuhr und die durch sie bedingten multiplikativen Konsekwitwirlungen auf die innerwirtschaftlichen Kreislaufvorgänge einen Erzeugungsumfang ermöglichten, der eine hohe technische Produktivität infolge einer günstigen Kombination der Produktionsfaktoren repräsentierte. Durch den Ausfuhrückgang und die hieraus resultierenden multiplikativen Konsekwitwirlungen – nunmehr aber im negativen Sinne – sinkt auch der nationale Erzeugungsumfang um ein Vielfaches des Ausfuhrückganges und verschlechtert hierdurch die technische Produktivität in der gesamten Wirtschaft infolge Kostenprogression, die sich aus der Reduktion im Umfange der Erzeugung ergibt. Lebensstandard und Volkswohlstand erleiden dadurch also eine entsprechende Verschlechterung.

C. Die passive Alimentierung

Die passive Alimentierung ist, wie eingangs bereits erwähnt wurde, dadurch gekennzeichnet, daß für die Möglichkeit der Durchführung alimentierungsbedürftiger Vorhaben die entsprechenden Voraussetzungen zur Alimentierung im passiven Sinne erfüllt sind, d. h., daß ausreichende Alimentierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Eine „Problematik“ der passiven Alimentierung muß daher immer dann eintreten, wenn die zur Durchführung alimentierungsbedürftiger Vorhaben erforderlichen Mittel, d. h. güterwirtschaftlich gesehen die hierzu erforderlichen Verbrauchsgüter, nicht in ausreichendem Umfange vorhanden oder zur Verfügung gestellt werden, weil die Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung keine ausreichende Konsumenthaltung üben und ein Zwang zur Konsumenthaltung nicht ausgeübt wird, wenn also, geldseitig gesehen, nicht die erforderlichen Ersparnisse, Steuereingänge usw. zur Verfügung stehen.

Im Verlaufe einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung wird in einem solchen Falle eine Anpassung von seiten der alimentierungsbedürftigen Vorhaben dadurch erfolgen, daß der Umfang der durch die unternehmerischen Antizipationen bestimmten Realinvestitionen die durch die Höhe des „virtuellen“ Zinses bestimmt ist, an die Höhe der zur Alimentierung zur Verfügung stehenden Ersparnisse dadurch erfolgt, daß der „Marktziinsfuß“ soweit steigt, bis die den Umfang der

Ersparnisse übersteigenden Realinvestierungen niedriger erwarteter Erträge von der Nachfrage ausgeschieden sind. Das gilt allerdings nur für den Fall, daß Kapitaldispositionen lediglich aus „echten“ Ersparnissen zur Verfügung gestellt werden.

Einem solchen Mangel an echten Ersparnissen kann nun aber bekanntlich dadurch begegnet werden, daß den Investoren ausreichende Mittel zur Durchführung ihrer Realinvestierungen zu einem dem Umfange dieser Realinvestierungen bzw. dem diesem Umfange entsprechenden „virtuellen“ Zins angemessenen, ausreichend niedrigen „Marktzinsfuß“ zur Verfügung gestellt werden. Das ist dadurch möglich, daß zu den aus echten Ersparnissen gewährten „vermittelnden“ Krediten, „Zwang ersparnisse“ also aus „zusätzlich“ gewährten, der Kreditschöpfung entstammende Mittel treten. In einem solchen Falle besteht natürlich, wie dies ja oben ausführlicher dargelegt wurde, die Möglichkeit – wenn natürlich auch nicht, wie dies Keynes auf Grund seiner unzulässig integrativen Betrachtungsweise annimmt, der Zwang – daß sich diese Ersparnisse, die sich in verstärktem Maße als Folge der Realinvestierungen und ihrer multiplikativen Konsekwirkungen bilden, den investierten Nominalbeträgen – wenigstens teilweise bei gleichen Realwerten – angleichen, und zwar dadurch, daß sich, wie Keynes meint, „das Einkommen in jenem Grade erhöht, der erforderlich ist, um die Änderung der Ersparnis gleich der Änderung in der Investition zu machen“⁹.

Ein passives Alimentierungsproblem wird immer dann vorliegen, wenn auf Grund exogener Verursachung alimentierungsbedürftige Vorhaben von einem Ausmaße vorliegen, das weit über das Ausmaß der Mittel geht, die zu ihrer Durchführung normalerweise zur Verfügung gestellt werden können. Ein solcher Zustand wird in besonders ausgesprochenem Maße nach einem Krieg vorliegen, und zwar sowohl in bezug auf wirtschaftlich legitime wie auch in bezug auf „verlusthafte“ Vorhaben. Hier kommen als wirtschaftlich legitime Vorhaben alimentierungsbedürftiger Art alle jene Vorhaben in Frage, die man unter dem Begriff des „Nachholebedarfs“ zu subsumieren pflegt, während als unproduktive bzw. als verlusthafte Vorhaben alle solche zu nennen sind, die ohne einen Gegenwert bleiben und exogene Leistungen repräsentieren, wie Kriegsschädigungen, Reparationen usw.

Die Lösung eines passiven Alimentierungsproblems setzt die Anwendung von Maßnahmen voraus, die zu einem Zustand führen müssen, wie er typisch für das Bestehen eines aktiven Alimentierungsproblems ist, welches bekanntlich dadurch gekennzeichnet ist, daß ein Übermaß an Alimentierungsmitteln zur Verfügung steht. Zur

⁹ J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 154.

Lösung des passiven Alimentierungsproblems, das durch das Fehlen solcher Mittel gekennzeichnet ist, verlangt also vor allem eine starke Steigerung der technischen Produktivität in der Verbrauchsgütererzeugung, um zu erreichen, daß die Menge erzeugter bzw. erzeugbarer Verbrauchsgüter pro aufgewandte Arbeitseinheit möglichst groß ist, so daß eine möglichst große überschüssige Menge an Verbrauchsgütern zu Alimentierungszwecken zur Verfügung steht.

Um dieses Ziel – wenigstens einigermaßen – erreichen zu können, müssen Maßnahmen ergriffen werden, durch die Reibungsverluste und Fehlleitungen nach Möglichkeit vermieden werden, und es muß weiter auch die Verbrauchsgütererzeugung nach Möglichkeit vereinfacht, u. U. sogar genormt werden. Weiterhin ist auch für eine ausreichende – aber auch nicht übermäßige – Verbrauchseinschränkung bei gerechter Verteilung der vorhandenen bzw. laufend anfallenden Verbrauchsgüter Sorge zu tragen. Das ist notfalls durch Anwendung von Rationierungsmaßnahmen zu erreichen; auch ist die Verbrauchsgütererzeugung durch besondere Maßnahmen, wie beispielsweise Steuererleichterungen, anzuregen.

Die Frage der passiven Alimentierung ist nun – ebenso wie dies auch bei der aktiven Alimentierung der Fall war – auch für die außenwirtschaftlichen Verhältnisse von Bedeutung und ist daher hier auch unter diesem Gesichtswinkel noch kurz zu betrachten.

Ein passives Alimentierungsproblem intervalutarischer Art kann beispielsweise dann entstehen, wenn Länder zum Zwecke der Aufschließung einen starken Kapitalbedarf haben, den sie selber aus eigener Kraft deshalb nicht zu befriedigen vermögen, weil ihnen – infolge ihres mehr oder weniger kolonialen Charakters – die hierzu erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Der Umfang der Beschäftigung solcher Länder und auch ihr Lebensstandard ist, wenn ihre Aufschließung möglichst schnell erfolgen soll, abhängig davon, daß sie von anderen Ländern ausreichend alimentiert werden. Diese passive Alimentierung erfolgt hier in der Form einer „einseitigen Wertübertragung“ als Kapitaleinfuhr, deren güterwirtschaftliches Äquivalent eine entsprechende Wareneinfuhr ist, die aber nicht nur aus solchen Gütern zu bestehen braucht, die normalerweise als Kapitalgüter bezeichnet werden, sondern zu denen auch Güter gehören können, die der Alimentierung der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen dienen, also normalerweise als Verbrauchsgüter bezeichnet werden. Da sich diese Länder durch die in Anspruch genommene passive Alimentierung an das Ausland fortlaufend verschulden, so kann dieser internationale Strukturtyp als „werdendes Schuldnerland“ bezeichnet werden.

Zur Lösung der hier bestehenden Problematik ist es erforderlich, daß andere Länder vorhanden sind, deren Alimentierungsfähigkeit und Alimentierungswilligkeit ausreichend groß ist, d. h. die einen ausreichenden Erzeugungsüberschuß haben und auch haben müssen, um ihre Erzeugungskapazität bei ausreichendem Beschäftigungsumfang und Lebensstandard wirtschaftlich ausnutzen zu können, und die weiterhin gewillt sind, diesen Überschuß zu dem angegebenen Zwecke zur Verfügung zu stellen. Eine solche Bereitwilligkeit zur Auslandsinvestierung kommt geldseitig darin zum Ausdruck, daß der „virtuelle“ Zins für Auslandsinvestierungen nicht nur über dem „Marktzinsfuß“, sondern auch über dem „virtuellen“ Zins für Inlandsinvestierungen liegt oder, um mit *Keynes* zu sprechen, es müssen die Auslandsinvestierungen innerhalb der „Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“¹⁰ der betreffenden Volkswirtschaft an führender Stelle liegen. Diese Länder, die durch eine solche Kapitalausfuhr fortlaufend Gläubiger anderer Länder werden, und die man daher auch als „werdende Gläubigerländer“ bezeichnen kann, stellen den den „werdenden Schuldnerländern“ sinngemäß korrespondierenden internationalen Strukturtyp dar.

Eine andere Art von passiver Alimentierungsproblematik innerwirtschaftlicher Art liegt vor, wenn die Einkommen alimentierungsbedürftiger Personen nicht ausreichen, um ihre laufenden Bedürfnisse zu befriedigen, wie dies beispielsweise bei Rentnern, Pensionären usw. der Fall sein kann, wie es aber auch bei allen solchen Vorhaben in der Volkswirtschaft ist, die sich nicht aus sich selber heraus zu tragen vermögen. Auch hier besteht eine entsprechende außenwirtschaftliche Analogie. Diese ist dann gegeben, wenn die innerwirtschaftlichen Voraussetzungen eines Landes unter Berücksichtigung seines Bevölkerungsumfanges nicht ausreichend sind, um sich bei dem bestehenden Lebensstandard, u. U. auch bei einem dem Existenzminimum entsprechenden Lebensstandard, selbst – auch nicht durch einen entsprechenden Austausch von Gütern – erhalten zu können, sondern wenn dieser Zweck nur bei einer entsprechenden Passivität der Handelsbilanz erreichbar ist.

Dieser Fall liegt vor bei allen denjenigen Ländern, die früher im Verlaufe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ausländische Kapitalinvestierungen vorgenommen haben, die also früher werdende Gläubigerländer waren und nun als Gläubiger des Auslandes „definitive Gläubigerländer“ genannt werden können. Diese Länder können ihre Erzeugungskapazität bei ausreichendem Beschäftigungsumfang und ausreichendem Lebensstandard nur dadurch wirtschaftlich ausnutzen,

¹⁰ Vgl. *J. M. Keynes*: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 114 ff.

daß sie entsprechende Zinseinnahmen aus ihren früheren ausländischen Kapitalinvestitionen haben, die sie zur Gütereinfuhr und damit zur Kompensation des Passivsaldos ihrer Handelsbilanz benutzen, wie das ja auch normalerweise zutrifft.

In diesem Falle wird die Funktion, die bei Berücksichtigung lediglich innerwirtschaftlicher Verhältnisse diejenigen ausüben, die die Nachfrage nach Verbrauchsgütern steigern, ohne selbst Verbrauchsgüter zu erzeugen und dadurch den Umfang der Menge liquider Verbrauchsgüter zu vermehren, von denjenigen ausgeübt, die ihr Einkommen aus ausländischen Kapitalinvestitionen beziehen und daher auch den Umfang der laufenden inländischen Verbrauchsgütermenge nicht vermehren. Hier wird also die Inlandserzeugung seitens des Auslandes durch dessen Zinsverpflichtungen alimentiert und dadurch eine wirtschaftliche Ausnutzung des Erzeugungsapparates des alimentierten Landes bei ausreichendem Beschäftigungsumfang und ausreichendem Lebensstandard ermöglicht.

Der Umfang der Beschäftigung ist eine Funktion des Alimentierungsumfanges, die auch hier als „einseitige Wertübertragung“, allerdings nicht in Form von Kapitalgütern wie bei einem werdenden Schuldnerland, sondern als Ausdruck der Zinsleistungen in Gütern, die – vom weltwirtschaftlichen Standpunkte gesehen – als Verbrauchsgüter bezeichnet werden können, wenn sie auch normalerweise nicht zu diesen gerechnet werden, wie beispielsweise Rohstoffe usw., da sie ja innerhalb der einführenden Volkswirtschaft – unmittelbar oder mittelbar – verbraucht werden.

Durch die auf diese Weise bedingten Einkommen, die als Nachfrage auftreten, ohne daß ihre Empfänger zur Vermehrung der Menge liquider Verbrauchsgüter beitragen, und die hierdurch verursachten multiplikativen Konsekwirkungen wird im vorliegenden Falle die Erreichung eines ausreichenden Beschäftigungsumfanges ermöglicht.

Bei den auf diese Weise alimentierungsbedürftigen Ländern liegt also die Voraussetzung ihres nationalen Wohlstandes und die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards in der Tatsache begründet, daß sie Zinseinnahmen aus ihren früheren ausländischen Kapitalinvestitionen haben, durch die sie nunmehr passiv alimentiert werden.

Falls die passive Alimentierung dieser Art wegfällt oder eingeschränkt wird, so führt das einmal zu einer entsprechenden Unterbeschäftigung, die, entsprechend dem Gesetz der multiplikativen Konsekwirkungen, ein Vielfaches der Unterbeschäftigung in den unmittelbar betroffenen Erzeugungszweigen ist, und andererseits wird dadurch eine Produktionsumstellung indiziert, um von ausländischen Einfuhren unabhängig zu werden. Hierdurch besteht zwar in gewissen

Grenzen die Möglichkeit, ein Beschäftigungsproblem zu lösen, aber möglich wird dies nur sein bei einer mehr oder weniger starken Senkung des Lebensstandards. Soweit solche Umstellung nicht vorgenommen wird, führt die bestehende Unterbeschäftigung naturgemäß zu einer Verschlechterung der technischen Produktivität infolge Kostenprogression. Der Ausfall eines solchen Landes aus dem internationalen Wirtschaftsverkehr trifft natürlich auch die Länder, die früher als Lieferanten des alimentierungsbedürftigen Landes in Frage kamen. Dadurch wird natürlich auch bei ihnen eine Unterbeschäftigung indiziert, die entsprechend dem Gesetz der multiplikativen Konsekwirkungen ein Vielfaches der durch den Ausfuhrückgang unmittelbar betroffenen Erzeugungsarten ist.

VI. Schlußbemerkung

Das Beschäftigungsproblem – an sich soziale Kategorie – ist für die Wirtschaftstheorie und insbesondere für die Frage des kreislauftheoretischen Gleichgewichtes und seiner Störungen deshalb bedeutsam, weil es für die im wirtschaftlichen Ablauf auftretenden Störungen symptomatisch ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Prüfung der Ursachen, durch die jene Störungen im wirtschaftlichen Ablauf bedingt sind, die in einer Unterbeschäftigung als typischem Ausdruck eines Beschäftigungsproblems in Erscheinung treten und so den Charakter einer bestehenden Unterbeschäftigung bestimmen. Dieser ist entweder – je nach der Art der Verursachung – endogener oder exogener Art und führt in ersterem Falle zur „konjunkturellen“, im letztgenannten Falle zur „strukturellen“ Arbeitslosigkeit.

Weiter sind die Arten der Unterbeschäftigung zu prüfen, d. h. die Frage, ob eine bestehende Unterbeschäftigung eine „freiwillige“ oder eine „unfreiwillige“ ist. Die Arten der Unterbeschäftigung sind repräsentativ für den Charakter des bestehenden Beschäftigungsproblems insofern, als die „konjunkturelle“ Arbeitslosigkeit grundsätzlich eine freiwillige, die strukturelle regelmäßig eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist.

Die Ursachen schließlich, die einerseits die Arbeiter bestimmen, eine ihnen angebotene Beschäftigung anzunehmen oder abzulehnen und die andererseits die Unternehmer veranlassen, den Umfang der Beschäftigung auszudehnen oder einzuschränken, sind letztlich abhängig von dem Verhältnis, in dem der geforderte zu dem gebotenen Lohn steht. Der Lohn, zu dem die Arbeiter bereit sind, Arbeit anzunehmen oder abzulehnen, ist abhängig von dem Verhältnis, in dem sie den Nutzen, den ihnen der Lohn bietet, einschätzen gegenüber dem

Nutzenentgang bei Nichtarbeit. Und der Lohn, den die Unternehmer den Produktionsfaktoren anbieten, ist abhängig von dem Verhältnis, in dem die aus einer Veränderung im Umfange der Beschäftigung erwartete Veränderung der Erträge zur Veränderung in der Höhe der Kosten steht, die sich aus der Veränderung im Umfange der Erzeugung ergibt.

Die wirtschaftstheoretische und insbesondere die kreislauftheoretische Bedeutung des Beschäftigungsumfanges und seiner Veränderungen ergibt sich vor allem daraus, daß die Entlohnung der Produktionsfaktoren, die in ihrer Gesamtheit den Beschäftigungsumfang zum Ausdruck bringt, das Verbindungsglied zwischen den beiden repräsentativen Kreisläufen, dem Geschäftskreislauf einerseits, dem Einkommenskreislauf andererseits, ist. Das beruht darauf, daß sie im Geschäftskreislauf die Erzeugungskosten der Unternehmer und im Einkommenskreislauf die Höhe der laufenden Einkommen bestimmt.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer etwas eingehenderen Betrachtung der kreislauftheoretischen Zusammenhänge; denn ein Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen ist nur dann gegeben, wenn die Verwendung der Einkommen derart erfolgt, daß dadurch die Produktionskosten der beiden repräsentativen Erzeugungsarten, der Verbrauchsgütererzeugung einerseits, der Realinvestitionen andererseits, gedeckt werden. Die zur Erfüllung dieser Bedingung zu beachtenden Voraussetzungen ergeben sich aus einer Betrachtung der Art der Einkommensverwendung und ihrer Bestimmungsgründe einerseits und andererseits aus der Gestaltung des zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Verhältnisses.

Die Analysierung gerade der letztgenannten Zusammenhänge zeigt die Irrtümer der von Keynes und seinen Anhängern vertretenen Ansichten, die allgemein auf der von Keynes angewandten durchaus unzulässigen integrativen Betrachtungsweise beruhen, und die insbesondere beispielsweise bei seiner Zinstheorie darauf beruhen, daß diese nicht nur einseitig, sondern auch widerspruchsvoll in sich selbst ist insofern, als sie auf Voraussetzungen beruht, die miteinander nicht kompatibel sind. Eine Klärung der hier relevanten Zusammenhänge erschien daher auch besonders deshalb erwünscht, weil gerade die hier bestehenden Irrtümer ziemlich allgemein und kritiklos übernommen werden.

Die kreislauftheoretischen Betrachtungen zeigen weiter, daß es zwei repräsentative Arten der Beschäftigung gibt, die in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander stehen müssen, wenn das kreislauftheoretische Gleichgewicht gewahrt sein soll, und zwar ist dieses Verhältnis bestimmt durch die Notwendigkeit, daß die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung gleich sein müssen

den Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen. Eine Abweichung von dieser Bedingung bedeutet – je nach der Art der Abweichung – entweder eine inflatorische oder eine deflatorische Entwicklung.

Die Erkenntnis der kreislauftheoretischen Zusammenhänge zeigt weiter, daß eine Lösung des Beschäftigungsproblems, d. h. die Beseitigung einer bestehenden Unterbeschäftigung nur möglich ist durch eine Steigerung im Umfange der Realinvestitionen, da eine Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung mit Rücksicht auf die hier bestehende relative Überproduktion pro Produktionsfaktor zu einem nicht verwendbaren Erzeugungsüberschuß an Verbrauchsgütern führen würde. Der Einfluß einer Steigerung im Umfange der Realinvestitionen beruht darauf, daß hierdurch eine Erhöhung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern verursacht wird, ohne daß eine Vermehrung der Menge liquider Verbrauchsgüter stattfinden würde. Die Steigerung im Umfange der Realinvestitionen hat hierbei multiplikative Konsekwativwirkungen auf den Umfang der Gesamtbeschäftigung. Es muß hierbei jedoch unterschieden werden zwischen jenen von Keynes betrachteten sukzessiven Wirkungen und den hier allein interessierenden Simultanwirkungen auf den Umfang der Gesamtbeschäftigung, die durch eine Steigerung im Umfange der Realinvestitionen unmittelbar indiziert werden.

Von besonderer Wichtigkeit sind auch die betriebswirtschaftlich bedingten Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung. Sie beruhen darauf, daß der industrielle Erzeugungsapparat normalerweise und insbesondere natürlich in Zeiten einer Depression unteroptimal ausgenutzt ist, so daß eine Steigerung im Umfange der Erzeugung als Ausdruck einer Vermehrung der Beschäftigungsmenge zu einer Senkung der spezifischen Erzeugungskosten führt; eine Tatsache, die Keynes nicht nur übersehen, sondern sogar in ihr Gegenteil verkehrt hat.

Die Bedeutung der betriebswirtschaftlich bedingten Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung liegt darin, daß bei einer Ausdehnung im Umfange der Beschäftigung und damit auch der Erzeugung eine Senkung der spezifischen Erzeugungskosten verursacht wird. Diese Tatsache ist insbesondere für eine „Arbeitsbeschaffung“ insofern von besonderer Bedeutung, als sie es ermöglicht, auch die Kosten „unproduktiver“ oder „verlusthafter“ Vorhaben zu decken, ohne daß dadurch die volkswirtschaftlichen Erträge eine Reduktion erfahren würden. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß trotz „verlusthafter“ Vorhaben, durch die eine primäre Steigerung im Umfange der Beschäftigung erreicht wird, infolge der sich hieraus ergebenden multiplikativen Konsekwativwirkungen die volkswirtschaft-

lichen Erträge stärker steigen als die Kosten solcher Vorhaben, so daß diese in ihren resultierenden Wirkungen zu einer Steigerung des nationalen Wohlstandes führen können.

Das Beschäftigungsproblem ist seinem inneren Wesen nach ein „Alimentierungsproblem“. Das ergibt sich daraus, daß die Produktionsfaktoren der Realinvestitionen seitens der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung „alimentiert“ werden müssen. Eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung setzt also eine alimentierungsbedürftige Beschäftigungsart voraus. Vorhaben solcher Art sind aber nicht nur inländische Realinvestitionen, sondern es sind auch alle solche Vorhaben, die Güter erzeugen, welche das güterwirtschaftliche Äquivalent „einseitiger Wertübertragungen“ darstellen. Daraus ergeben sich wichtige Erkenntnisse für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Es lassen sich hier zwei internationale Strukturtypen angeben, deren wirtschaftliche Prosperität darauf beruht, daß sie aktiv alimentierend tätig sind; und zwar sind das einmal die „werdenden Gläubigerländer“, deren Ausfuhrüberschuß der güterwirtschaftliche Ausdruck einer Kapitalausfuhr ist, und zum anderen sind es die „definitiven Schuldnerländer“, deren Ausfuhrüberschuß der güterwirtschaftliche Ausdruck ihrer internationalen Zinsleistungen ist. Verlieren diese durch exogene Einflüsse die Möglichkeit zur aktiven Alimentierung, so führt das unmittelbar und mittelbar infolge der sich hieraus ergebenden multiplikativen Konsektivwirkungen zu einer Senkung im Umfange der Beschäftigung und zu einer entsprechenden Kontraktion des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens, die sich in krisenhaften Erscheinungen äußert.

Das gleiche gilt sinngemäß für solche Länder, die alimentierungsbedürftig sind; und das sind einmal die „werdenden Schuldnerländer“, deren Einfuhrüberschuß der güterwirtschaftliche Ausdruck ihrer zu ihrer Aufschließung benötigten Kapitaleinfuhr ist, und es sind andererseits die „definitiven Gläubigerländer“, deren Einfuhrüberschuß der güterwirtschaftliche Ausdruck ihrer internationalen Zinseinnahmen darstellt. Beide Strukturtypen sind passiv alimentierungsbedürftig und können daher ihren Beschäftigungsumfang, Lebensstandard usw. nur durch diese passive Alimentierung aufrechterhalten. Fällt diese durch exogen bedingte Einflüsse fort, so äußert sich das auch hier in entsprechenden krisenhaften Erscheinungen.

Die sogenannte „Weltwirtschaftskrise“ ist der typische Ausdruck für die Richtigkeit der angegebenen Zusammenhänge, und zwar aus folgendem Grunde: Durch den ersten Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgewirkungen wurden sowohl die aktiven wie auch die passiven Alimentierungsmöglichkeiten beseitigt. Die angegebenen

Nachteile hätten sich also schon nach Beendigung des Krieges zeigen müssen. Dies war auch zunächst der Fall, jedoch wurden sie danach dadurch ausgeschaltet, daß die Voraussetzungen der Alimentierung auf künstlichem Wege¹¹ durch die seitens der Vereinigten Staaten gewährten Kredite geschaffen wurden. Die Weltwirtschaftskrise mußte also ausbrechen in dem Augenblick, in dem die Voraussetzungen der internationalen Alimentierungen passiver und aktiver Art in Wegfall kamen, in dem also die Kredite nicht mehr weiter gewährt wurden, wie dies ja auch der Fall war.

Abschließend können wir feststellen, daß eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung als Lösung eines Beschäftigungsproblems nur durch eine Steigerung im Umfange einer alimentierungsbedürftigen Beschäftigung gelöst werden kann. Solche alimentierungsbedürftigen Beschäftigungsarten sind innerwirtschaftlich die Realinvestierungen und außenwirtschaftlich alle Arten „einseitiger Wertübertragungen“, in denen sich — je nach der Art des internationalen Strukturtyps — entweder eine aktive oder eine passive Alimentierung manifestiert.

¹¹ Auf künstlichem Wege deshalb, weil die strukturellen Gegebenheiten der Vereinigten Staaten — insbesondere auch die Bevölkerungsdichte — nicht jenen Voraussetzungen entspricht, die erfüllt sein müssen, um einem Lande die Qualifikation eines „werdenden Gläubigerlandes“ zu geben; — namentlich dann, wenn Verzinsung und Amortisation ausgeführter Kapitalien kurzfristig erfolgen soll.